INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

Berlin gelingt's

Nr. 123

15. November 1990

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhaltsverzeichnis

3 Ost - Häuser
10 Bemerkungen zur 3.11. Kritik
12 Die 3.11. Demo war peinlich ...
16 Zucht + Ordnung - Totalverweigerung
18 DeserteurInnenparade
18 Volxsport - spärlich
19 FU besetzt - ein bißchen
20 zur Antifa Diskussion
22 Antifa - Infotelefon
23 Hool - Absage
23 Wirtschaftsarchiv im Papiertiger
24 Göttingen Demo
26 zur Situation von Thomas Brunner
28 zur Situation von Isabel Jacob
29 Der Weg ist das Ziel (Veranstaltung)
30 FMLN - Diskussion (Veranstaltung)
31 Kriminalisierung Radio Laden und "Ausbruch"
32 Anquatschversuch in Miesbaden
33 Hafen - Anzeigentext
34 Termine
35 nochmal
36 Wir bleiben in SO 36

Statt Vorwort

Stell dir vor, sie räumen und wir sitzen fest bei der Herstellung der nächsten Interim.
Wer nicht mitfahren konnte, kriegt ein paar Bilder mitgebracht.
Wir hoffen, dass sich die Kraft, der Mut und der Einfallsreichtum, all das, was sich in den letzten Tagen ausgedrückt hat,noch lange anhält.

Gedanken zum Wahlboykott und zur Glanzlosigkeit der PDS sind im Ordner nachzulesen. Was "peinlich, überflüssig und falsch" ist, darüber gibt es unterschiedliche Meinungen bei uns.
Ärgerlich ist, daß uns zu Leipzig kein Bericht oder Überlegungen geschickt wurden. Was haben die Todesschüsse ausgelöst? Wer war dieser 18jährige Mike? Was war mit der Demo der Hooligans am letzten Samstag?
Möglicherweise kann die Knastveranstaltung am Freitag endlich die überfällige Diskussion in Gang bringen, die ein angemessenes praktisches Verhalten zu den Bewegungen in dne Knästen greifbar macht.
Sich gemeinsam mit ein paar Leuten, die sich kennen, auf die FMLN Veranstaltung vorzubereiten, empfehlen wir verschärft.

Ordner:

Zur PDS
Aktiver Wahlboykott
Internas zum Auszug von 10 Leuten aus der Kinzig Straße 9
Endgültige Absage des Antimp. Kongresses in Mainz
Weitere Stellungnahme von SymphatisantInnen zum 3.11.
Anarchistisches Forum in Frankfurt zur Häuserfrage
Initiativkreis Hafenstraße 1.10.90
Junges Wort Informationsdienst. Artikel aus einer rechten Zeitung über das "militante Potential in Berlin"

Neulich in der Mainzer Straße...

DER EINSATZLEITER MEINT, WIR HÄTTEN DAS **KOTZGAS** TAKTISCH UNKLUG EINGESETZT!..

SPUCK
KOTZ
WÜRG
RÖCHEL
REIER
SPEI
BRECH

ÜBEL
ES IST ZUM KOTZEN

BLUBB BLUBB

POLIZEI
TANK
FUCHS!

Friedrichshain - Mon amour

Es gibt ein Leben vor dem Tod

Am montag morgen um 6 Uhr war der stillschweigende Waffenstillstand gebrochen. Die Pfarrstraße wurde abgesperrt, zwei H äuser auf die softe Art geräumt, ihre Habseligkeiten durften die BewohnerInnen, jetzt ein paar mehr in der Masse der Obdachlosen, mitnehmen. Ebenso ging es in der Comeniusstraße. Schon in der Pfarrstraße gab es Knüppeleinsätze und Festnahmen. All dies zog sich bis zwölf Uhr hin, dann kam die Meldung, daß die Mainzer nun wohl dran sei, und alle hetzten nach Friedrichshain. Hier begannen die Menschen gegen elf Uhr ihre Wut umzusetzen, am Frankfurter Tor wurde eine Sperre gebaut. Ein kleiner Zug von Leuten wollte durch Friedrichshain gehen. Die Sperre wurde vom Räumpanzer geräumt, die DemonstrantInnen verstreut, und der Zug aus Panzer, WaWe und dutzenden Wannen bretterte immer wieder durch die besetzten Staßen. Vom Wasserwerfer spritze Wasser in Wohnungen von AnwohnerInnen, egal ob BesetzerInnen oder MieterInnen. Es tauchte das Gerücht auf, die Mainzer sei zur Räumung freigegeben. Die BewohnerInnen begannen Autos und Mülltonnen, Müll und Steine auf die Straße zu bringen. Gegen ein Uhr waren es mehrere Hundert Menschen, die gruben und schleppten. Dann räumten die Bullen die ersten größeren Barrikaden, kamen aber selbst mit Panzern nicht in die Mainzer hinein. Dann Pause, an den Barrikaden wurde weiter gearbeitet, und Bezirksbürgermeister Mendiburu versicherte, die Bullen würden abziehen, wenn die BesetzerInnen nicht eskalieren. Die Eskalation blieb aus - die Bullen blieben. Als ein Trupp Grünlinge versucht eine Tür in der Scharnweber einzutreten, wurden sie zurückgedrängt.

Wieder gab es massiven Tränengaseinsatz, wieder gab es einen jammernden Bezirksbürgermeister, der versicherte, was er gar nicht versichern konnte, die Bullen würden abziehen. Wenig später wurde auch er von einem Wasserwerfer zur Seite gedrängt. Am späten Nachmittag wurde es ruhiger. Die 22 Uhr Demo - Frankfurter Tor wurde abgesagt, auf der Q-Damm Demo waren wohl 300 Leute im engen Bullenspalier.

Friedrichshain war zu dieser Zeit schon Polizeistaatsgebiet. Die Bullen sperrten alle Zufahrtsstraßen ab, ließen teilweise niemand, teilweise nur dort gemeldete durch. Die Luft schien nur aus Tränengas zu bestehen. Die Boxhagener war mit Bauwägen blockiert, eine Straßenbahn netterweis genau vor der Mainzer Straße geparkt, und die Bullen griffen bis drei Uhr nachts immer mal wieder von der Frankfurter Allee aus die Barrikade zur Mainzer an. Sie wurden immer wieder zurückgeschlagen, setzten ganz Friedrichshain unter Tränengas und zogen erst gegen vier Uhr ab.

Die Stimmen aus der Bevölkerung waren zwar gemischt, darunter aber erstaunlich viele positive. Während einE AnwohnerIn Flaschen auf BesetzerInnen und SymphatisantInnen warf, schrieen andere auf die Bullen ein. Viele "Normalos" bauten an Barrikaden mit, einer erzählte seinen Kindern, was für ein Sinn jetzt ein Graben hat und einer warnte die BesetzerInnen vor Spitzeln in ihren Kreisen, weil er eine interne Nachricht aus einem Bulli mitgehört hatte.

Die letzten Meldung vom Dienstag verlauteten, daß hunderte Bullen auf dem ehemaligen Transit gesehen worden sind - aber auch wir erwarten die Ankunft motorisierter ChaotInnenhorden.

Mut, Kraft, Zärtlichkeit für euch alle!!

WAS TUN BEI EINER RÄUMUNG IN OSTBERLIN?

Wir schreiben dieses Flugblatt, weil wir selbst ziemlich unsicher sind, was bei einer Räumung nun alles ansteht: 20 Uhr VV im Mehringhof und gleich 22 Uhr zur Demo im jeweiligen Bezirk? Am nächsten Tag Treffpunkt vor dem Haus? Sachschaden, wo und wann und warum?
Wir denken, daß es nicht nur uns so geht, daß eher Verwirrung als Klarheit herrscht und wir dabei in Gefahr laufen, überhaupt nicht handlungsfähig zu sein. Schließlich kann es ja nicht nur um die bloße Koordinierung von Treffpunkten gehen, und auch nicht darum, mal eben den einen oder anderen Scherbenlauf hinzulegen, um sich dann zurückzulehnen im Gefühl, seine/ ihre Pflicht erfüllt zu haben.
Die Drohung mit dem Sachschaden allein schützt uns wenig vor Räumungen. Viel mehr aber haben wir z.Zt. leider nicht zu bieten. Das muß sich ändern!

Für das allerwichtigste halten wir das politische Umgehen Räumung. Aller Sachschaden und alle Militanz sollten in diesem Zusammenhang stehen, sonst verkommen sie zum Selbstzweck und sind noch viel schwerer als ohnehin vermittelbar. Für das wesentliche Ziel halten wir die Wiederbesetzung des geräumten Hauses und für unsere wichtigste Forderung die nach Räumungsstop und sofortigen Verträgen. Das ist unser Haus, basta! Weder Magistrat noch Senat haben ein Recht, über die besetzten Häuser zu bestimmen und schon gar nicht sie räumen zu lassen. Spätestens seit dem Verhandlungsabbruch seitens des Stadtrats für Stadtentwicklung hat sich gezeigt, daß der Magisenat kein Interesse an der Beseitigung des Leerstands durch uns hat, sondern lieber die Häuser weiter verrotten lassen will. Ähnlich verhält es sich mit den WBG's. Verträge kommen für sie nur für den kleinen Teil der einzelverhandlungswilligen Häuser in Frage, deren Eigentumsverhältnisse geklärt sind. Der große Rest soll geräumt werden und wird dann mangels Geld für Instandsetzung/ Modernisierung weiter leerstehen.
Das ist zu vermitteln und dafür müssen wir Öffentlichkeit herstellen.

Und die Konsequenz daraus? WIR HOLEN UNS DAS HAUS WIEDER! DAS IST FÜR DAS HAUS DAS BESTE UND FÜR UNS AUCH!
WENN UNS MAGISENAT UND BULLEN DARAN HINDERN, GIBT'S ÄRGER, ZUM SCHADEN DER POLITIK UND AUSGESUCHTER SACHGÜTER!

WIE KÖNNTE DIES PRAKTISCH AUSSEHEN?

Die ***VV IM MEHRINGHOF*** (wir halten zwar den Ort für unglücklich, wollen aber nicht noch zusätzliches Chaos schaffen) soll u.E. nicht in erster Linie Aktions-VV sein, sondern es ist vor allen Dingen wichtig, dort die Aktivitäten zur Wiederbesetzung zu koordinieren. Am besten wäre es, wenn jedes Haus sich schon jetzt für den Fall der eigenen Räumung ein Flugblatt überlegt, dessen Verteilung am nächsten Tag bereits auf der VV koordiniert wird. Wir finden es wichtig, das in großer Auflage (ca. 50.000) zu tun, um auch wirklich ein Stück Gegenöffentlichkeit herzustellen, und dem Magisenat zu zeigen, daß wir es ihm mit der Entsolidarisierung und Kriminalisierung nicht einfach machen. Um das zu schaffen ist aber die Hilfe aller Häuser nötig, die dann an verschiedenen Orten in der Stadt verteilen. Das Flugi (das sich im übrigen auch zu verteilen lohnen und nicht für die Szene bestimmt sein sollte) kann noch in der Nacht gedruckt werden und am nächsten Morgen an verschiedenen (noch zu klärenden) Stellen (Infoläden, Cafes) abgeholt und verteilt werden. Die Orte, an denen verteilt wird, sollten auf der VV bereits durch das Eintragen in eine Liste koordiniert werden.
Darüberhinaus sollten auf der VV die von der Räumung betroffenen BesetzerInnen ihre jeweiligen Vorstellungen zum weiteren Umgehen mit dem Haus mitteilen und die verschiedensten Aktivitäten und Vorschläge miteinander (und nicht gegeneinander) abgestimmt werden. Wir entwickeln nur dann die nötige power dranzubleiben, wenn wir das Gefühl haben, daß ALLE hinter der ganzen Bandbreite der Aktivitäten stehen, daß das Flugblattverteilen nicht gegen einen Brandanschlag steht und das Besetzen öffentlicher Gebäude nicht gegen möglichst hohen Sachschaden.

Was auf der VV auch noch geklärt werden sollte, ist, ob die für 22 Uhr angekündigte Demo zum Haus gehen soll, oder ob es Gründe gibt, die dagegen sprechen, ob es parallel zur Demo noch einen Treffpunkt für weitere Aktionen gibt, oder ob darauf bis zum nächsten Abend gewartet wird.
(Noch ein Wort zum Zeitpunkt der VV. Wir finden 19 Uhr angesichts des Zeitdrucks mit der Demo im jeweiligen Bezirk (22 Uhr) unbedingt nötig. Damit unterwerfen wir uns nicht dem Druck eines anonymen Flugis, sondern wir halten sowohl VV als auch Demo (und wenn möglich darüber hinausgehende Aktionen, s.u.) für wichtig.

Wenn die Herrschenden uns die Häuser klauen, ***KLAUEN WIR IHNEN IHRE BÜROS!*** Wir rufen damit zur massenhaften Bürobesetzung am Morgen nach der Räumung auf. Nichts soll mehr funktionieren im Apparat der Macht. Unsere Forderung dabei: Räumungsstop und sofortige Verträge. Die Presse sollte rechtzeitig Bescheid wissen. Orte und Zeitpunkte der Besetzungen, zu denen mensch sich jetzt schon Gedanken machen sollte, werden sich auf VV, Demo und in den Häusern hoffentlich wie ein Lauffeuer verbreiten.

ZUR WIEDERBESETZUNGS KAMPAGNE

Was ja wohl in allen Köpfen rumspukt, ist das Flugi "Was tun, damiz brännt", auf dem mehrere Treffpunkte für den Fall einer Räumung in Mitte, Prenzlberg, F'hain und Lichtenberg angegeben sind. Die Aussage des Flugis "Eine Million Sachschaden pro Räumung" in Verbindung mit den Treffpunkten kann die Annahme nahelegen, daß es sich hierbei um eine besondere spezies der gemeinen demonstratio populi, den Scherbenlauf oder Scheibenentlüftungslauf handeln soll.
Das würden wir talsch finden.

Ein Scherbenlauf auf der Schönhauser, der Warschauer oder der Wilhelm-Pieck-Str. bringt uns, ohne vorher massenhaft über den Grund informiert zu haben, nix. Im Gegenteil, es verscherzt uns nur viel bei denjenigen, die unseren Besetzungen positiv bis neutral gegenüber stehen. Darüber hinaus sind die o.g. Strassen, die es bei einem Scherbenlauf fast zwangsläufig treffen würden, zwar Geschäftsstrassen, aber bei weitem nicht so eindeutige wie der Ku'damm oder der Alex. Was hier noch vorherrscht, sind kleine Läden, bei denen die Leute aus dem Kiez einkaufen und die auch (noch) ein Ort der Kommunikation und des Austauschs (vielleicht auch über uns und die Räumungen) sind.
Wir halten einen Scherbenlauf am selben Abend zwar nicht prinzipiell für falsch, finden aber eine Demo zum Haus wichtiger. Falls beides möglich sein sollte, muß aber klar sein, daß die Randale nicht im Kiez, sondern in den Bonzenvierteln abgeht.

Die ***Demonstration zum Haus (Treffpunkt 22 Uhr im jeweiligen Bezirk)*** sollte vor allem auch informativen Charakter haben. Von daher wäre es gut, wenn bereits kopierte Flugis und brauchbare Megas da wären. Wenn Frau Maier und Herr Piefke wissen, daß ein Haus in ihrer Nähe abgeräumt wurde, und sie am nächsten Tag was von Sachschaden an Objekten lesen, die sie auch nicht mögen, dann ist das allemal besser als eine unvermittelte Kiezrandale. Was sich natürlich nicht wegleugnen lässt ist die Wut, die die meisten von uns auf die VV und die Demo mitbringen werden. Aber die könnte ja in Energie zur Wiederbesetzung am gleichen Abend umgewandelt werden, und wenn es dann Randale gibt, weil die Bullen das nicht zulassen, dann tut uns das aber ziiieeemlich leid.

Die Aktivitäten zur Wiederbesetzung können und sollen, nicht nur an den ersten beiden Tagen, viele Gesichter haben: Flugis zur Information, Spektakel für die Medien, Sachschaden als Drohung und Rache, Großdemos als Mobilisierung für viele, Bürobesetzuzngen, um endlich mal ihre "Ordnung" mit unserem "Chaos" zu konfrontieren, Theater, Musik, Winterkiezküchen, Besuch von Opern, Theatern usw.

Was die Dramaturgie einer Wiederbesetzungskampagne angeht, so finden wir ***massenmilitante Aktionen*** am zweiten Abend für absolut notwendig. Wir müssen Wege finden, Treffpunkte bekannt zu machen, an denen sich die ganze Nacht immer wieder viele Leute sammeln und ihre Wut an Luxusgeschäften, Luxuskarossen, Luxushotels und öffentlichen Gebäuden auslassen.

Daß es eine oder diverse *NEUBESETZUNGEN* geben wird, das pfeifen ja die Spatzen von den Dächern. Der Leerstand stand und steht auf unserer Seite.

Was die liebe Mainstream-Öffentlichkeit angeht, fänden wir es gut, wenn die geräumten BesetzerInnen am Tag nach der Räumung (und vor Redaktionsschluß) eine *PRESSEKONFERENZ* organisieren oder wenigstens eine PRESSEERKLÄRUNG raustickern (von wo das möglich ist, wird demnächst in der BZ stehen). Auf der PK sollte dann über Räumung, die politische Hilflosigkeit des Magisenats in Sachen Wohnungspolitik und Leerstand und über die Aktivitäten gegen die Räumung informiert werden. Nett wären z.B. auch Fotos vom Innenleben des Hauses, um rüberzubringen wie destruktiv eigentlich die Magisenatspolitik hier ist. Was den Sinn oder Unsinn einer Pressekonferenz oder Presseerklärung angeht, so denken wir, daß es gerade nach der ersten Räumung ein großes Interesse seitens der Medien geben wird, das wir durchaus für unsere Zwecke nutzen können.

Für einen weiteren wesentlichen Schritt halten wir eine *GROSSDEMONSTRATION* am Samstag nach der Räumung (bzw. wenn zu kurzfristig, dann Mitte der folgenden Woche). Eine solche Demo hätte zwangsläufig den Charakter eines Ultimatums. Wenn wir bis dahin das Haus nicht haben, dann wird es mit den Unruhen, Demonstrationen, dem Spektakel und dem Sachschaden in der Stadt so schnell kein Ende haben. Eine solche Grossdemo sollte bereits jetzt schon in Gruppen und Zusammenhängen außerhalb der BesetzerInnenszene reingetragen werden, um schon im Vorfeld eine möglichst große Beteiligung zu ermöglichen. (Übrigens, die Räumungsdemo und die Strassenschlacht am Fränkelufer, die sich am 12.12. zum zehnten Male jährt, war damals der Auftakt einer neuen Besetzungswelle und ist den Herrschenden hier sicher noch in schlechter Erinnerung.

UND DIE NÄCHSTEN SCHRITTE?

Das sind nur einige Vorschläge, von denen wir denken, daß es wichtig ist, sie zu diskutieren und sich noch viele viele andere Sachen zu überlegen. Diese Diskussion ist überfällig, wir denken einfach mal, daß es andern genauso geht, daß ein heilloses Durcheinander da ist und auch ein wenig das Gefühl, sich vielleicht bei irgendwelchen Reaktionen alleine aus dem Fenster zu hängen und zu merken, die andern ziehen gar nicht mit. Wir glauben, daß erst, wenn so ziemlich alle an einer politischen Antwort auf eine Räumung beteiligt sind, im Vorfeld und in konkreten Aktionen, für die Einzelnen von uns das Verhältnis zum Räumungstango auf festerem Eis steht. Daß das ne harte, schlaflose und psychoreiche Zeit sein dürfte, ist wohl allen klar, aber zu vielen steht mensch das doch besser durch und vor allem dann, wenn mensch weiß, daß nicht jede "Fraktion" ihre eigenen Süppchen kocht, sondern es gerade die Vielzahl der Aktivitäten ist, die unsere Stärke, unsere Reaktion auf eine Räumung ausmacht.

Und noch zu guter letzt. Es ist eigentlich schade, daß wir mittlerweile aus einen Gefühl heraus handeln müssen, daß nicht wir es sind, von denen es abhängig ist, wie lange wir in den Häusern bleiben, sondern die anderen. Das beste Mittel gegen Räumung ist immer noch Verankerung in der Nachbarschaft, denn beim Leerstand in Ostberlin wird der Magisenat nicht umhin kommen, eine Räumung politisch zu begründen, und es ist an uns, unser Teil dazu beizutragen, daß ihm eine solche Begründung im Hals stecken bleibt und das Volk mit uns zusammen geradezu nach einer Wiederbesetzung und nach Neubesetzungen schreit.

Ein x-beliebiges Friedrichshainer Haus

HÄNDE WEG VON UNSEREN HÄUSERN! GROSSDEMONSTRATION

Nach den brutalen (west)berliner Polizeieinsätzen gegen die Demonstrationen am 3. Oktober (Deutschland, halts Maul!) und 3. November ("Der Tod ist ein Meister aus Deutschland") nun auch eine polizeiliche "Lösung" für die besetzten Häuser? **OHNE UNS!**

Angesichts 25.000 leerstehender Wohnungen allein im Ostteil der Stadt bedeuten die Räumungen weiteren Leerstand und Verfall.
Was soll die Polizei da lösen?
Es geht ihnen nicht um den Erhalt der Häuser, da gäbe es genügend andere Häuser zu sanieren/rekonstruieren. Es geht gegen uns und damit gegen alle, die hier für ein anderes Leben kämpfen - und gegen alle, die sich dem rücksichtslosen Einmarsch der BRD in die ehemaligen DDR nicht widerstandslos beugen.
Die Freiheit, die sie meinen, ist die der Banken und Spekulanten!

Wir fordern:

- den sofortigen Rückzug der Bullen aus dem Friedrichshainer Kiez,
- eine schriftliche Nicht-Räumungs-Garantie des Regierenden Bürgermeisters, Momper, für alle besetzten Häuser, um eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Ziel einer Rahmenvereinbarung ebenfalls für alle besetzten Häuser zu ermöglichen.
- Rückgabe der am 12.11. geräumten Häuser an die BewohnerInnen
- Rücknahme alle Strafverfahren im Zusammenhang mit erfolgten Häuserräumungen

Nur unter diesen Bedingungen ist eine friedliche Lösung, also auch der Abbau der Barrikaden möglich! Denn ohne eine schriftliche Nicht-Räumungs-Garantie des Regierenden Bürgermeisters müssen wir mit weiteren polizeilichen Machtdemonstrationen oder Räumungen, also einer weiteren Eskalation rechnen.

Wir brauchen massenhaft Unterstützung für unsere Häuser. Überlegt euch Formen der praktischen Solidarität und politischen Initiative!

Einige Bemerkungen zum Artikel "Zur Demo am 3.11" (Interim Nr. 122)

Wut, das ist das erste, was uns zu dem Artikel "Zur Demo am 3.11." einfällt. Wut darüber, wie "einige Autonome", die hier als Autoren unterzeichnen, die Leser der "Interim" verarschen wollen. Angefangen damit, wie diese Demo hier in Berlin zustande kam. Zwar haben nämlich nicht die Autonomen, die den besagten Artikel geschrieben haben, über diesen Demoort mitentschieden, aber alle diejenigen, die sich an der Vorbereitung beteiligen wollten. Man/frau höre und staune: Es waren sogar BerlinerInnen dabei, jedenfalls sofern sie Interesse an der Demovorbereitung hatten. Und diese BerlinerInnen waren (was man/frau natürlich nur wissen kann, wenn man/frau auf den zahlreichen Vorbereitungstreffen anwesend war) sogar mit dem Rest der VorbereiterInnen einig über den Ort Berlin. Wenn dann – wie von "einigen Autonomen" – behauptet wird, "die Berliner Szene wurde weder gefragt noch informiert", dann gibt es eigentlich nur eine Interpretationsmöglichkeit dieses Satzes: "Einige Autonome" halten sich erstens für die Berliner Szene, über die sie zweitens nicht besonders gut informiert sind. Wer in der Radikalen Linken lediglich "die Ebermännern, Stratmännern und wie sie alle heißen" sieht, hat wohl noch nicht genau genug hingesehen, wer die Initiative für eine Radikale Linke in Berlin und anderenorts unterstützt. Die blöden Promis, an denen es durchaus berechtigte Kritik gibt, haben jedenfalls bei der Demovorbereitung keine Rolle gespielt. Lassen wir also den ersten Teil des besagten Artikels und fassen ihn in der erfrischenden Selbsterkenntnis "einiger Autonomer" zusammen:"Fehler von uns war, daß (wir) uns nicht schon in den letzten Wochen gegen diese Art, Politik zu machen, gewehrt haben."
Genau dieser Fehler war auch der Fehler der Demo insgesamt. An deren Vorbereitung haben sich aus unterschiedlichen Gründen schlichtweg zuwenige Gruppen beteiligt, obwohl einige "die Demo von den Inhalten her richtig fanden".

Richtig ist auch die Kritik an der spontanen und völlig unvermittelten Abänderung der Demoroute. Was den OrganisatorInnen da zur Rechtfertigung während der Demo einfiel, war etwas dürftig. Das ewige Gerede von "politischen Gründen", die aber weder benannt, noch irgendwie mit einer konkreten Bullendrohung in Verbindung gebracht wurden, war schlichtweg unpolitisch. Einer unerfahrenen und aus lauter Nicht-Promis (die fast durchweg kritisch zur Radikalen Linken stehen) bestehenden Demoleitung wird man/frau aber zugestehen müssen, bei einer derart ungeschlossenen Demo, die zudem noch geradewegs in die Dunkelheit lief, panisch und falsch zu entscheiden. Deshalb aber nun das Fazit zu ziehen, die Radikale Linke sei damit endgültig "für uns und hoffentlich viele andere auch gestorben", wie "einige Autonome" es tun, das ist nun wiederum gänzlich unpolitisch. Am Schlußsatz des Artikels ist wieder gar nichts mehr richtig: Wer in der Radikalen Linken ein Profilierungsobjekt einiger Promis vermutet, wurde, wenn er/sie die Augen aufmachte, gerade bei dieser Demo vollständig enttäuscht. Wer glaubt, diese (hier nicht vorhandenen) Promis versuchten lediglich, Autonome über den Tisch zu ziehen, hat immer noch nicht kapiert, worum es dem Projekt Radikale Linke geht. Es geht darum, einen Diskussions- und Aktionszusammenhang unter radikal denkenden und handelnden Linken zu schaffen, der spontan diskutiert und agiert, dies aber möglichst kontinuierlich. Es gibt keine Radikale Linke, es sei denn wir, die verschiedenen Gruppen und Subjekte, streiten und handeln gemeinsam. Man/frau kann darüber reden, ob das gegenwärtig sinnvoll ist oder nicht und wie weit eine Zusammenarbeit nützlich ist, aber man/frau kann nicht sagen: Die Demoroute wurde geändert, darum ist die Radikale Linke den Bach runter. Ein bißchen politischer hätten wir's schon gern. Wenn's geht jedenfalls.

Zwei UnterstützerInnen der Demo am 3.11.

Die Demo der sogenannten Radikalen Linken vom 3. 11. war peinlich, überflüssig und falsch

Im nachfolgenden einige polemische Bemerkungen zu der Demo der sogenannten 'Radikalen Linken' am 3. November in Berlin. Es soll dabei bewußt auf das ganze sonst übliche Muster von "konstruktiver und solidarischer Kritik" verzichtet werden.

Über die Formen, wie das mittlerweile gescheiterte Projekt der sogenannten 'Radikalen Linken' Politik macht, gäbe es eine ganze Menge zu sagen: Ohne Zweifel besitzen die Partei- und Profipolitikerinnen dieses Vereins auf ihren Treffen eine große Meisterschaft in Geschaftsordnungstricksereien zum Abwürgen inhaltlicher Debatten. Das ändert jedoch nichts daran, daß sie faktisch in der sozialen Realität in Berlin zu keinem Zeitpunkt als wahrnehmbare politische Kraft existiert haben. Papiertiger. Vielleicht erklärt es sich auch daraus, daß sie in Berlin lediglich dazu fähig waren, die von ihnen ohne jegliche öffentliche Diskussion vor einem halben Jahr in Köln beschlossene Demo in Berlin gerade mal zwei Wochen vorher einem größeren Kreis vorzustellen. Daß es an dieser Stelle nix mehr großartig inhaltlich zu diskutieren gab, versteht sich von selbst und war vermutlich auch nicht mehr erwünscht. In den klugen Strategien dieser PolitikerInnen tauchen Autonome ohnehin nur als Fußvolk und Verfügungsmasse auf. Vermutlich wird das auch solange bleiben, bis diese sogenannten 'Radikalen Linken' endlich ihre ganzen Pöstchen in Parlamenten, Zeitungen - die glücklicherweise fast niemand liest - und diversen Kleinstparteien verloren haben. Es erscheint uns spannender zu sein, sich einmal mit den vermeintlich 'radikalen Inhalten' anläßlich des Demoaufrufes einer Linken auseinanderzusetzen, die alles ist, nur eins nicht: Radikal!

Um Mißverständnisse zu vermeiden erscheint an dieser Stelle jedoch noch eine Vorbemerkung angebracht zu sein: Oftmals existiert in politischen Auseinandersetzungen (auch zwischen Revolutionärinnen) die schlechte Angewohnheit, mangelnde Analysefähigkeit gegenüber einer komplizierten gesellschaftlichen Realität, mit einem Höchstmaß an beliebig zusammengesuchten Moralpostulaten zu überdecken. Deswegen soll an dieser Stelle feierlich erklärt werden, daß sich auch die Schreiber dieser Zeilen selbstverständlich als große Feinde aller Formen von Faschismus-RassismusNationalismus-SexismusImperialismus bezeichnen. Die Reihenfolge ist dabei egal, da auf den ersten Blick ohnehin immer alles mit mit allem zusammenhängt. Auf jeden Fall klingen alle diese "...ismen" aggressiv, und man kann sich dabei für kurze Zeit in dem Gefühl sonnen, ein besonders gefährlicher Gegner der herrschenden gesellschaftlichen Zustände in diesem schwer erträglichen Staat zu sein. Und daß auch wir wie Paul Celan finden: "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" weist uns zudem noch als besonders ästhetisch und kulturell ambitionierte Kritiker an diesem Land aus.

Nie wieder Deutschland - Nie wieder Analyse!

Auf dem Deckblatt des Demoaufrufes ist ein Foto zu erkennen, auf dem Leute ein Transparent mit den Parolen "Nie wieder Deutschland - Gegen die Anexion der DDR! Gegen den deutschen Nationalismus!" halten. Was ist darunter zu verstehen, was ist davon zu halten?

Offenbar soll mit dem Inhalt des Transparentes ausgedrückt werden, daß man dieses Land nicht mag. Eine vielleicht gut gemeinte moralische Geste, die uns zwar durchaus sympathisch ist - wir mögen dieses Land auch nicht -, uns jedoch beim genaueren Überlegen rätseln läßt, was damit politisch gemeint sein könnte. Möchte man vielleicht damit sagen, daß man sich gemeinsam mit nationalistischen britischen und französischen Reaktionären gegen dieses "Deutschland" verbünden möchte? Aber gegen wen eigentlich, da wir ja dummerweise ausweislich unserer Personalpapiere auch Deutsche sind? Verbünden wir uns also gegen uns selbst, da wir mit dieser Parole weder Ziel noch Gegner benennen können. Vielleicht besteht die Anziehungskraft dieser letztlich nichtssagenden Parole in der prickelnden Atmosphäre, sich mit Hilfe purer Ideologie jenseits von Realitäten radikal und originell in moralischen Wolkenkukucksheimen einrichten zu können. Vielleicht sind gerade die Parolen für die sogenannte 'Radikale Linke' am bequemsten, die niemanden mehr erklärt werden müssen, weil sie von denjenigen die damit herumlaufen auch nicht verstanden werden.

Kein militärischer Überfall der BRD auf die DDR und auch nicht anderswo!

Etwas konkreter wird's da schon mit der Forderung:"Gegen die Annexion der DDR", der selbstverständlich vorbehaltlos zuzustimmen ist. Gemäß eines billigen und handelsüblichen Fremdwörterlexikons ist unter dem Begriff "Annexion" der Vorgang einer gewaltsamen, mit Militär betriebenen Einverleibung eines Staates durch einen anderen zu verstehen. Gemäß dieser Parole muß es nach Auffassung der sogenannten 'Radikalen Linken' nach dem 9. November 1989 eine realistische Option eines Bundeswehreinsatzes gegenüber der noch existierenden DDR gegeben haben, andernfalls wäre die Verwendung dieses Begriffes unsinnig. Wenn wir noch alle Sinne beisammen haben, hat sich aber genau dieser Vorgang bis zum Beitritt der DDR Anfang Oktober 90 zur BRD nicht ereignet. Im Gegenteil: In zwei Wahlen (Volkskammer- und Kommunalwahlen), die nach den hiesigen Maßstäben formal als "frei und geheim" bezeichnet werden können, haben sich weit mehr als zwei Drittel der Wählerinnen der DDR für die Parteien ausgesprochen, die versprachen einem mehr oder weniger raschen Anschluß an die BRD zu realisieren. Gemäß dieses auf bürgerlich-demokratische Weise zustande gekommenen überwältigenden Mehrheitswillens der Bevölkerung auf dem Gebiet der EX-DDR ist es dann auch gekommen. Und bislang hat niemand behauptet, daß diese Wahlergebnisse unter dem Druck eines möglichen Bundeswehrüberfalls auf die DDR zustande gekommen wären. Am Ende wohlmöglich noch ein politischer Erfolg? "Glückwunsch Genossen!" schießt es uns da durch den Kopf.

Diese Beschreibung macht die neue

Situation seit der Selbstaufgabe der DDR nicht um einen Deut besser und wir finden es richtig festzustellen, daß uns diese neue politische Realität genausowenig paßt wie die alte. Und in diesem konkret zu beschreibenden Fall der Realität ist festzustellen, daß die DDR von der BRD nicht mit militärischen Machtmitteln "annektiert" worden ist, sondern sie sich aus vielen Gründen selbst aufgegeben hat. Das gelte es im einzelnen zu analysieren und zu begreifen, was jedoch eine scharfe Beschreibung der Realität vorraus setzen würde! Wer nicht in der Lage ist die Realität so zu beschreiben wie sie ist, sondern sie nur so darstellen kann, wie er sie sich nicht wünscht, braucht sich nicht darüber zu wundern, wenn er dadurch schnurstracks in die politische Perspektivlosigkeit rennt. Und es ist schon bezeichnend für das radikale Denken der sogenannten `Radikalen Linken', daß sie in einer Zeit, wo die kaltlächende Verweigerung von Krediten oder die Anhebung von Kreditzinsen durch die Cliquen des kapitalistischen Finanzkapitals ohne jede Form von offenkundigen militärischen Zwang, ganze Staaten und Regionen in den Konkurs treibt, mit Begriffen herumjongliert, die vor 50 Jahren im Kontext des Hitlerfaschismus in der Lage waren, Realität zu beschreiben. Vielleicht meint man die jetzigen Verhältnisse des zwischenzeitlich auch auf die DDR ausgedehnten bürgerlich-parlamentarischen Rechtsstaates der BRD nur über den Umweg der Kritik am Faschismus ablehnen zu können. Anstatt also direkt zu sagen, daß einem die Selbstaufgabe der DDR auch dann nicht paßt, wenn sie von einer überwältigenden Mehrheit der Ex-DDR Bevölkerung erklärtermaßen gewünscht wird, drückt man sich vor der logischen Konsequenz, selbstverständlich auch die parlamentarische Demokratie als bürgerliche Herrschaftsform grundsätzlich abzulehnen. Da ist es dann in der Tat bequemer sich in der Kritik der hiesigen Verhältnisse hinter Assoziationsketten zum Nazifaschismus zu verstekken.

"Der deutsche Nationalismus ist eine ganz schlimme Sache," sagt der rheinland-westfälische Weingutbesitzer zu seinen polnischen Arbeitsmigranten, denen er gerade einen Schwarzarbeiterstundenlohn von 5 DM bei der Weinernte auszahlt.

Selbstverständlich ist auch der zweiten Parole auf dem Transparent "Gegen den deutschen Nationalismus" vorbehaltlos zuzustimmen. Was ist eigentlich unter diesem Begriff in der aktuellen historischen Situation zu verstehen? Im Kontext der besonderen deutschen Geschichte könnte darunter vielleicht eine deutschtümmelnde, säbelrasselnde, militaristische Großmachtpolitik der BRD gegenüber anderen Staaten und dabei insbesondere gegenüber Polen zu verstehn sein; eine Politik, die die Oder-Neiße Grenze in Frage stellt und danach trachtet, sich wieder in den Besitz der alten "deutschen Ostgebiete" zu bringen. Eine Politik also, wie sie beispielsweise für das deutsche Kaiserreich im Jahre 1914 charakteristisch war. Die spannende Frage an dieser Stelle ist nicht, ob man dagegen ist - geschenkt ! -, sondern wie realitätsträchtig die unter diesem Begriff zu subsummierende Politik der herrschenden Klassen in der BRD aktuell ist und was noch wichtiger ist: Was läßt sich daraus für die zukünftige politische Praxis einer revolutionären Linken folgern ?

Wir meinen uns daran erinnern zu können, daß Kohl sowie eine überwältigende Mehrheit aller bürgerlichen Parteien zwischenzeitlich für die uneingeschränkte völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße Grenze eintreten. Unter dem Motto "Frieden und Völkerverständigung" wird irgendwann zu erleben sein, wie Kohl ir ndeinem hohen polnischen Politiker auf der Oder-Brücke in Frankfurt medienwirksam die Hand schütteln wird. Seit Monaten predigt der Waffenhändler Weizäcker gegen den Nationalismus und Genscher wird nicht müde, die Einbettung der deutschen Wiedervereinigung in den "gesamteuropäischen Friedens-und Einigungsprozeß" zu betonen. Klingt alles großartig, nicht wahr? Auch wenn es richtig bleibt, den Aussagen dieser Masken keinen Millimeter über den Weg zu trauen, bleibt es jedoch Fakt, daß die herrschende politische Klasse in Bonn seit dem 9. November verbal außerordentlich wenig unternommen hat, um einen "deutschen Nationalismus" in der Gesellschaft zu forcieren. Wenn man beispielsweise an die von oben gesteuerte Kampagne zur "Asylantenschwemme" im Sommer 1986 zurückdenkt, ist der angeblich von der politischen Klasse in Bonn propagierte "deutsche Nationalismus" vergleichsweise soft.

Vielleicht liegt das auch daran, daß die führenden bundesdeutschen Finanz- und Exportkapitale aktuell kein großes Interesse an abenteuerlichen nationalistisch-militaristischen Planspielen haben (schließlich haben sie sehr wohl gelernt, daß zur Zeit durch solche Risiko-Spiele wie Kriege wesentlich weniger zu gewinnen ist als durch eine 'friedliche', kontinuierliche Ausbeutung). Möglicherweise orientieren sie vielmehr auf eine stetige ökonomische Durchdringung der Staaten Ostmitteleuropas (Polen, CSSR, Ungarn) bis hin zum europäischen Teil der Sowjetunion hin zu einem abgestuften Ausbeutungsmodell von der Metropole zur Peripherie. In den nächsten Jahren scheinen für das deutsche Kapital eher Weltmarkt und Freihandel statt nationaler Autarkie angesagt zu sein! Und diese ökonomische Tendenz verlangt statt eines geifernden 'deutschen Nationalismus' mit Panzern und Haubitzen, eher Verträge zur "wirtschaftlichen Zusammenarbeit"; zum "Schutz der Umwelt"; zum "gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus" usw. Dafür werden "deutsche Staatsmänner" gebraucht, "die aus der deutschen Geschichte gelernt haben und sich ihrer Verantwortung darin bewußt sind". Oder um es einmal mit den gesalbten Worten des Chefs von Daimler Benz, Herrn Edzard Reuter, zu formulieren: Wollen "wir immer noch einer schauerlich mumifizierten nationalen Souveränität Tribut entrichten Da wäre mir eine vernetzte Welt, in der einzelne Politiker den Leitbildern von Gestern zunehmend weniger Rechnung tragen können, dann doch lieber." (zitiert nach Konkret, November 90 S.30). Gerade, weil diese Worte aus Reuters Mund "so nett" klingen, wird eine genaue Analyse umso dringlicher.

Wenn es denn schon schwer ist, den staatlichen Instanzen die offene Propagierung eines "deutschen Nationalismus" nachzuweisen, so könnte vielleicht ein vermutetes nationalistisches Bewußtsein innerhalb der deutschen Bevölkerung als Hilfskrücke im Kampf gegen dieses Ungetüm weiterhelfen. Und dabei ist in der Tat festzustellen, daß bei Teilen der DDR-Bevölkerung auch dank der zeitweise militant-deutschnationalistischen SED-Politik - "Unsere DDR" oder "Deutschland, einig Vaterland" (Hans Modrow) - und einer stark verbreiteten autoritären Charakterstruktur der deutsche Nationalismus fröhliche Urständ feiert, der entschieden bekämpft gehört. Dieser DDR-Nationa-

lismus läßt sich vielleicht als ein gegenüber den West-Wohlstands-Brüdern und Schwestern vorrauseilenender Gehorsam charakterisieren. Welche Rolle ihm künftig zukommen wird, läßt sich aber noch gar nicht so genau entscheiden. Jedenfalls wird es nicht die eines Kaiserreichs- oder Nazi-Nationalismus sein.

Wie sieht es aber mit dem "deutschen Nationalismus" in der westdeutschen Bevölkerung seit dem 9. Novmeber aus? Auf der Demo am 3.11. wurde als Beweis für den wiedererwachten deutschen Nationalismus die Zerstörung jüdischer Friedhöfe im Raum Stuttgart angeführt. Von wem wurden aber diese Friedhöfe zerstört? Etwa von den Käufermassen, die sich täglich durch die Fußgängerzonen quälen, in gesichtslosen Reihenhäuschen mit Auto und Lebensversicherung wohnen, die tagtäglich bei Daimler oder Siemens schuften gehen? Oder wurden diese Friedhöfe nicht vielmehr - wie in den Jahren zuvor auch! - von militanten neofaschistischen Jugendlichen zerstört, die glücklicherweise auch deshalb (noch) relativ isoliert von der westdeutschen Normalbevölkerung sind, weil diese sich vielleicht "die Hände nicht schmutzig" machen will und möglicherweise auch tatsächlich nicht in "Deutschland-Hurra" Ideologien lebt. Auf der Auftaktkundgebung der Demo am 3. 11. erklärte ein Sprecher der sogenannten `Radikalen Linken', daß man sich schärfstens dagegen ausspreche, daß die Bundeswehr wieder mit Stechschritt unter den Linden paradieren könne. Daß die Bundeswehr in naher Zukunft dort eher mit Jogginganzügen herumlaufen wird, macht die Sache zwar nicht besser, beschreibt jedoch die kommende Realität wesentlich genauer. Nun gut, in den Analysen der sogenannten `Radikalen Linken' sind ohnehin alle Katzen grau, der "deutsche Nationalismus" grassiert an allen Orten und bei Jedermann, egal ob er bei den Nazibanden herumrennt oder nicht, und unbeschadet der Tatsache, daß große Teile der westdeutschen Bevölkerung die Ansprüche ihrer ostdeutschen "Brüder und Schwestern" auf den hier zusammengerafften Reichtum eher mißmutig zur Kenntnis nimmt. Läßt sich dieser Prozeß eigentlich noch in dem Schlagetot-Begriff des "deutschen Nationalismus" begreifen oder handelt es sich dabei nicht eher um eine Art mißtrauischen Wohlstandsrassismus? Ein Begriff, der uns zu einer polarisierenden Analyse der gesellschaftlichen Klassenrealität der alten BRD fruchtbarer erscheint. Aber vielleicht sucht die sogenannte `Radikale Linke' im Kampf gegen den `deutschen Nationalismus' sogar das Bündnis mit aufgeklärten Bankmanagern aus Frankfurt, die schon allein deshalb für die Anerkennnung der Oder-Neiße Grenze sind, weil sie sich auf dieser Grundlage aktuell bessere Geschäfte in Polen erhoffen können. Dieses Beispiel zeigt, daß die Parole gegen den "deutschen Nationalismus" in der aktuellen gesellschaftlichen Realität der BRD auf die gute Moral und nicht auf die soziale Konfliktuatlität innerhalb der Metropole orientiert. Ein Wohlstandsrassismus, der uns in den Metropolen bequem und unbehelligt neben Tausenden von osteuropäischen Arbeitsmigranntinnen leben läßt, ist ein genaueres Bild der kommenden sozialen Realitäten als permanente Wahnvorstellungen von sogenannten "Reichswehraufmärschen" gegen Polen. Wir freuen uns schon auf den Moment, wenn Jutta Dittfurt im neuen Reichtsag mit Tränen in den Augen eine flammende Rede für die Annerkennung der Oder-Neiße Grenze halten wird und der fette Kohl gemütlich aufgrunzend mit dem Kopf dazu nickt. Hoffentlich sind wir dann dazu in der Lage, die tatsächlichen sozialen Spaltungslinien hier im Alltag noch zu sehen.

Von der Schlußstrichmentalität zur Spiegelstrichmentalität: Die düstere Welt der linken Reflexe

Nun noch ein paar Worte zu dem 4-seitigen Demoaufruf selbst. Gucken wir das Blättchen (so es nicht schon beim Altpapier gelandet ist) mal etwas genauer an:

Vorne drauf also der Dichterspruch - "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" - mit Name. Das gibt von vorneherein schon mal die rechte, tiefgründige Autorität und sichert den moralischen Vorsprung. Und dann auf den Innenseiten? Scheinradikale Überschriften, offensichtliche Ungereimtheiten, Instant-Analysen und hingehauene Sprachfetzen, die nicht im Geringsten auf der Höhe ihres eigenen moralisch-geschichtlichen Anspruchs stehen.

Die Hälte der sechs Spalten besteht ohnehin nur aus Listen (von List keine Spur!). Spiegelstriche gehen durch den Text wie Knüppel und biegen zusammen, was schon irgendwie zusammengehören wird: Geschichtsfragmente aus Faschismus und BRD, erschütterungsgeile Zahlenmonster und moralische Holzhämmer ("Was bisher noch jedesmal zum Skandal geriet - ... - heute wird es Normalität.") Unter dem Motto "Gegen das Vergessen" werden da scheinbar geschichtsmächtige Antworten auf Fragen vorgetäuscht, die fast niemand mehr so stellt. Die Fragen, die eine politische Orientierung zur Folge haben könnten und eine revolutioonäre Lösung (nach Möglichkeit mit sehr viel mehr Menschen als bisher) verlangen, fallen aus. Auf die aktuellen Formen der Macht und Unterdrückung werden stattdessen die immer gleichen alten Schilder geklebt: "Germanisierung Osteuropas", "die neue deutsche Reichswehr", "der neue Reichstag" und "die Stahlhelmer" darin, "alle Privilegien der Herrenrasse" und "ein Staatsangehörigkeitsrecht, das auf Blut und Abstammung beruht".

Was genau meint dieser Aufruf mit dem Kampf gegen das Vergessen eigentlich? Ist etwa die folgende Erkenntnis dem Vergessen abgerungen: "Der in der deutschen Gesellschaft bis heute tief verwurzelte Antisemitismus mündete in faschistische Mordpolitik."? Woran sollen wir uns dabei erinnern, wenn wir das lesen? Oder: "In Polen starb ein Fünftel der Bevölkerung durch deutsche Hand. Der Nazi-Überfall auf die Sowjetunion brachte 27 Millionen Menschen den Tod. Daimler Benz und Deutsche Bank ernten heute auf dem Boden, den sie vor 50 Jahren mit Panzern und Kanonen bestellen ließen."

Dieser so radikal scheinende Antifaschismus jagt seine Schnellschüsse und Bindstrich-Kurzschlüsse durch die Geschichte, um am Ende nicht mehr als ein paar Hülsen übrig zu behalten. Da funktioniert denn alles grad so wie man's braucht. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist ein einziger, fortlaufender Brei der Faschisierung der Gesellschaft, scheinbar belegt durch eine Anhäufung möglichst erschütternder Einzelteile. Aktualität ist dabei nur noch als Beispiel wahrnehmbar, nach dem Motto: "Jüngstes Beispiel ...".

Statt mit Hilfe geschichtlicher Analysen Brüche und Kampflinien in der Gegenwart sichtbar werden zu lassen, wird da eine Dämonisierung der Geschichte betrieben, die die eigene gute Moral schnell mal mit 27 Millio-

nen Toten dort und 60 000 Toten da füttert. Dieses Weltbild zementiert die Ohnmacht und ist auf politischer Perspektivlosigkeit aufgebaut. Wen wundert's, daß da konkrete politische Zusammenhänge gegenwärtiger Entwicklungen schlichtweg übergangen werden.
Die NATO rückt an die Oder-Neiße Grenze vor, ist unheilsverkündend im Aufruf zu lesen. Leider wird nicht gesagt, gegen wen. Vielleicht gegen die Sowjetunion, deren Führung sich derzeit intensiv daraum bemüht ihre Rote Armee in die Nato-Struktur im Rahmen der Golf-Krise zu integrieren?
Oder was hat es eigentlich mit folgendem Spiegelstrichlistensatz auf sich, der wie folgt beginnt: "Bei der Zerschlagung von Widerstand hat Deutschland eine lange Tradition.(Da läßt sich nichts gegen sagen! d. Verf.) Im Zuge des Kalten Krieges wurden Gesetze installiert, die ihre Geschichte haben" und dann " - KPD-Verbot", " - Notstandsgesetze", " - Isoltionsfolter", " - die Toten von Stammheim" bruchlos zusammenaddiert, um schließlich mit der Bemerkung " ... begleiten den Weg zur europäischen Großmacht." zu enden. Zum einen wußten wir gar nicht, daß es zu den nach wie vor unaufgeklärten konkreten Ereignissen in der Nacht zum 18.10.77 in Stammheim ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz gab. Zum anderen dachten wir bislang, daß die 70er Jahre auf internationaler Ebene die Zeit der sogenannten "Entspannungspolitik" gewesen sind. Nun gut, da müssen wir uns bislang wohl geirrt haben. Unsere Wahrnehmungsschwierigkeiten der Realitäten setzten sich jedoch bei weiterer Lektüre des Aufrufes fort:

Der ungefähr seit etwa vier Jahren feststehende Termin zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 - die zwischenzeitlich auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR durchgeführt wird - soll dem Aufruf der sogenannten 'Radikalen Linken' zur Folge "putschartig" festgesetzt worden sein. - Hoppla, das wurde aber wirklich erst sehr spät bemerkt! Was umso erstaunlicher ist, als ein "Putsch", dem Begriffe nach, in der Regel immer mit militärischen Formen von Auseinandersetzungen verbunden ist.

Die Begrifflichkeiten der sogenannten 'Radikalen Linken' beschreiben eine gesellschaftliche Realität die nicht existiert. Anstatt im Text des Aufrufes den Umstand zu beschreiben, warum sich gerade die nicht-reformistische Linke in der BRD jahrelang aus vielleicht guten Gründen nicht mit der gesellschaftlichen Realität der DDR und des 'realen Sozialismus' auseinandergesetzt hat, wird in einer historischen Situation, wo man es mittlerweile besser wissen muß, in dem ganzen Text die Existenz von Stacheldraht und Mauer der alten stalinistischen SED-Clique zur unausgesprochenen Vorraussetzung gemacht.

An dieser Stelle werden die eigenen moralisierenden Wahnvorstellungen dieser 'Radikalen Linken' zur puren Heuchelei, die nicht davor zurückschreckt, die Realitäten zu verdrehen. Damit läßt sich zwar vorzüglich das eigene Gewissen beruhigen, das eröffnet jedoch keine Perspektive für revolutionäre Orientierung. Was am Schluß übrig bleibt, ist eine Welt automatisch ablaufender, linker Reflexe (Man gucke sich unter diesem Aspekt nur mal die fünf Fotos auf den Innenseiten des Aufrufs an: ein Ausschnitt des Bildes von einem Bullen, auf dem überhaupt nichts mehr zu erkennen ist, außer dem Reflex "Ledernacken", ein fetter Kapitalist, eine Kette mit Transpiträgern, ein Foto von einem Nazi mit Pogrom-Plakat um den Bauch, und ein merkwürdiges Bild von einer Landkarte, auf der steht. "Unternehmen 4. Reich Abteilunng Heimholung".)

So strotzt denn auch die gewählte Demoroute, beginnend bei einem stalinistischen Denkmal der Roten Armee im Tiergarten über das Brandenburger Tor, Straße "Unter den Linden" zum ehemaligen jüdischen Viertel bis zum Alexanderplatz vor hohlem Pathos und reflexhaftem Symbolismus. Da fällt es doch glatt einem der Redner bei der Auftaktkundgebung ein, die Rote Armee zu grüßen. Wir schenken uns an dieser Stelle die Nachfrage, ob er damit wohl die 700 Deserteure meinte, die aktuell vielleicht in den Wäldern um Berlin gerade die ersten Partisaneneinheiten gegen diesen Scheiß-Staat aufstellen oder ob er damit die amtierende Generalität der Sowjetunion ansprechen wollte, die derzeitig mit militärischen Einsatzplanungen am Golf beschäftigt ist. Es bleibt eine private Geste von sogenannten 'Radikalen Linken' ob sie sich bei derartigen religiösen Kirchenprozessionen wie der Demo am 3. 11. vor irgendwelchen Mahnmalen des Faschismus auf den Boden werfen und dabei anfangen zu weinen. Die Sympathie und rührende Anteilnahme der Weizäckers, Vogels, Kohls, Genschers und Vollmers usw. ist ihnen dabei auf jeden Fall gewiß. Zugleich können sie sich dabei auch im Hinblick auf das Ausland in dem Gefühl sonnen, das "andere und bessere Deutschland" zu sein. Und da sag' noch einer, daß die Deutschen nicht aus der Geschichte gelernt hätten.

Das bedauerlichste an dieser ganzen Demonstration war die Teilnahme von vielen autonomen Genossinnnen aus dem Bundesgebiet, die ungefähr die Hälfte aller TeilnehmerIinnen an dieser Kirchenprozession stellten. Mit jedem Meter dieser überflüssigen Demonstration haben sie sich ihre Kraft und ihre Motivation in die Leere der Berliner Steinwüste wegdemonstriert. Das zur Genüge kritisierte Beispiel der sogenannten 'Radikalen Linken' weist deutlich darauf hin, daß gerade in den jetzigen unübersichtlichen Zeiten weder rhetorische Bluffs, hohle Politikphrasen ("Gegen den deutschen Nationalismus") noch Militanzbereitschaft und Moral als Kriterium für den Anspruch in der gesellschaftlichen Praxis, revolutionär sein zu wollen, ausreichen. Die sogenannte 'Radikale Linke' betreibt statt linksradikaler Politik, die Ausdruck genauer Analysen gesellschaftlicher Wirklichkeit wäre, in einer historischen Sitution der Marginalität der radikal-revolutionären Linken mit gespielter naiver Moral eine Politik, die das eigene gute Gewissen illustriert und öffentlich zur Schau stellt. Iigiitt. Dabei steht die revolutionäre Linke nicht vor dem Problem, sich gegenseitig ihrer "guten Moral" versichern zu müssen. Es geht vielmehr darum, wie wir mit unserer eigenen Sozialität ein Terrain sozialer Konfliktualität bestreiten können, daß diese schwer erträgliche gesellschaftliche Realität revolutionär überwinden kann. In diesem Sinne hat die Parole "Halts Maul, Deutschland" 10 mal mehr an unserer tatsächlichen sozialen und politischen Situation ausgedrückt, als das Herumgeblubber dieser sogenannten 'Radikalen Linken'. Dabei soll allerdings nicht verschweiegen werden daß der inhaltliche Teil des 3.10. Aufrufes an manchen Stellen hinsichtlich des darin enthaltenen Flachsinns ohne Probleme neben dem der sogenannten 'Radikalen Linken' stehen kann. Es ist eine schlechte Angewohnheit auch der autonomen und revolutionären Linken aus Unsicherheit über den eigenen Standort, den Gegner manchmal größer und gefährlicher zu malen als er aktuell ist. Nun gut: Wir sind Lernende.

Manfred zum Trampelmannfurt und Detlef Hölz

ZUCHT UND ORDNUNG TOTAL VERWEIGERN

Mit dem Rückzug der Alliierten aus Berlin kommt die großdeutsche Bundeswehr nun auch nach Westberlin. Tausende Schüler, Jugendliche und Auszubildende werden erfaßt, gemustert und einberufen. Kriegsdienstflüchtlinge können nun zum Dienst gezwungen werden. Damit holt viele von uns, die sich durch den Umzug nach Westberlin dem "Dienst für's Vaterland" entzogen haben, die Auseinandersetzung um Militär und Militarismus wieder ein.

Es gibt tausend gute Gründe gegen Bundeswehr und Wehrpflicht zu sein. Für uns ist in der Auseinandersetzung um unsere Männerrolle und "diese unsere patriarchale Gesellschaft" einer dieser Gründe besonders wichtig geworden.

Das Militär ist der Ort, die Institution, in der die patriarchale Zurichtung von Männern am brutalsten betrieben wird. Hinter diesem schrecklichen Begriff der "patriarchalen Zurichtung" verbirgt sich das Erlernen von Fähigkeiten und Unfähigkeiten, die der Mann als Herrscher und zum Überleben in der Männerhierarchie braucht. Das Militär bildet damit das vorläufige Ende einer langen Kette von Institutionen, wie Familie, Schule, Lehre und Arbeit, in denen die Jugendlichen zu "Männern" erzogen werden. Wer bis hierher noch kein "richtiger" Mann geworden ist, der soll beim Militär gebrochen werden, dem soll beim Bund "der letzte Schliff" gegeben werden. Der Bund als MännerBund ist eine der krassesten Formen patriarchaler Zurichtung.

Fast alle jungen Männer müssen in einem Alter zum Militär, in dem sie noch sehr unsicher über ihre eigene Lebensvorstellungen und z.B. auch ihrer Sexualität sind. Der Kriegsdienst kommt also in einer Phase auf die Jungen zu, die für ihr weiteres Leben starken Einfluß haben wird. Und genau dieser weitere Lebensweg soll durch den Kriegsdienst entscheidend geprägt werden.
Konkret wird einem erst mal die Intimssphäre geraubt, indem man mit zig anderen, unbekannten Männern in ein Zimmer gepfercht wird. Dort bildet sich dann meistens eine Hierarchie und Hackordnung unter den Männern heraus. Der Kriegsdienstleistende hat innerhalb der Kaserne keine Möglichkeit sich dieser ordnung zu entziehen. Dieser absolute Zugriff auf die Persönlichkeit geht einher mit einer Grundausbildung, die außer auf Disziplin und blindem Gehorsam vor allem auf körperliche Abhärtung der Rekruten abzielt. Das psychische Gebrochenwerden wird mit einem körperlichen Fertigmachen verbunden. Der Mann lernt dabei sich zu "beherrschen".

Beherrschen, sich unter Kontrolle haben heißt in erster Linie keine Angst, keinen Schmerz oder Trauer zu zeigen. Wer menschliche Bedürfnisse wie Zärtlichkeit, Einfühlungsvermögen oder Wärme braucht, wird als "Weichling", "Schwuler" oder "Weib" erkannt und mit ihnen diskriminiert und schikaniert.

Auf der anderen Seite wird beim MännerBund ein extrem sexistisches Frauenbild vermittelt bzw. festgeklopft. Der sexistische Konsens, das gemeinsame "Reißen" frauenfeindlicher Witze ist der Kitt, der das Kameradschaftsgefüge zusammenhält.
Viele der jungen Männer halten das nicht aus und gehen dabei kaputt. Die Selbstmordrate und vorallem der Alkoholkonsum bei der Bundeswehr machen das nur allzu deutlich. Doch das wird billigend in Kauf genommen.

Da wir nun hauptsächlich über den Kriegsdienst bei der Bundeswehr geredet haben, möchten wir betonen, daß wir den alternativen Kriegsdienst, den sog. Zivildienst ablehnen. Zwar steht dieser zivile Kriegsdienst teilweise den anderen patriarchalen Zurichtungsinstitutionen entgegen, da er andere Werte wie Helfen, Nächstenliebe etc. einfordert. Er ist jedoch integraler Bestandteil einer gesamten Kriegsstrategie, die z.B. auch darauf aufbaut, ein Heer von zivilen Kriegsdienstleistenden an der "sozialen Front" einzusetzen. Dabei werden sie als Billigstarbeitskräfte bzw. Zwangarbeiter mißbraucht.

Auch während des zivilen Kriegsdienstes sind fast sämtliche Grundrechte des Einzelnen außer Kraft gesetzt.

Aus diesen Gründen sind wir selbstverständlich auch gegen die Einführung des "sozialen Pflichtjahres" für Frauen. Dies würde eine zusätzliche Ausweitung der unbezahlten Frauenarbeit bedeuten.

Damit diese Inhalte nicht zu kurz kommen, fordern wir euch auf mit uns in einem autonomen Blöcklein auf die Demo der Kampagne: "Gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär" zu gehen.

GEGEN DIE PATRIARCHALE ZURICHTUNG IN DER BUNDESWEHR UND ANDERSWO

GEGEN KRIEGS- UND ZWANGSDIENSTE

KEIN SOZIALES PFLICHTJAHR FÜ FRAUEN

VERWEIGERT EUCH TOTAL UND KOLLEKTIV

Autonome Männereizentrale

17.11. SCHINKELWACHE UNTER DEN LINDEN 13°°

V.i.S.d.P.:T.K. Devau, Heerstr. 33, 1 Berlin 20

sie haben uns eingeholt, umzingelt . augen links, augen rechts, augen geradeaus. die bundeswehr belagert berlin. was nun ?
verstecken, abhauen, desertieren ? - wohin ? verweigern, total verweigern, radikal verweigern ... es lebe die neue berliner friedensbewegung ? lieber gleich untertauchen oder aber in knast einfahren ?nichts als blöde und schwierige fragen. und akut dazu.
deserteurinnenparade, wassollndetsein ? n autonomes "blöcklein" (zitat flugi) auf dieser parade? komische geschichte, mieser kompromiß. also ... hinlegen, aufstehen, hinlegen, und ab in die radikale denk- und diskutierstube. aber fix. ansonsten können wir uns beim panzerputzen unterhalten.

INTERIMs

DeserteurInnenparade

DEMONSTRATION SAMSTAG 17.NOV. 1990 13 UHR

gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und soziales Dienstpflichtjahr für Frauen

Start:
Samstag, 17.11.90, 13 Uhr
Neue Wache, Mahnmal für die Opfer des Faschismus Unter den Linden / Bebelplatz (S + U-Bhf. Friedrichstr. u. S-Bhf. Marx-Engels-Platz)

Kundgebung u. öffentl. Gelöbnis: ab 15 Uhr Wittenbergplatz

VOLXSPORT

betr.: anschlag auf militärfahrzeuge in haan/hilden

leider müssen wir euch mitteilen, daß die aktion nicht geklappt hat.
es wäre sicher gut gekommen, gerade jetzt ...

Brandsatz an Kaserne

HILDEN (RP). Eine Konstruktion, die einem Brandsatz ähnelt, wurde gestern nachmittag in der Hildener Waldkaserne zwischen den Zwillingsreifen eines Fahrzeugs entdeckt. Zuvor war bei der Polizei in Frankfurt ein „Bekennerschreiben" von bisher nicht bekannten Verfassern eingegangen. Die Täter sind vermutlich durch ein aufgeschnittenes Loch im Zaun eingedrungen.

VOLXSPORT

FU heiz- Zentrale BESETZT

SCHWEINEMENSA MUSS ERHALTEN BLEIBEN

Das autonome StudentInnenzentrum Schweinemensa existiert seit Mai' 89 als Folge des Unistreiks in der alten FU Mensa. Dies ist der letzte Freiraum an der zugebauten Uni fuer selbstbestimmte studentische Projekte.
Das Damoklesschwert eines drohenden Abrisses schwebt ueber dem Gebaeude, seit der letzte Nutzungsvertrag im September 89 ausgelaufen ist. Da das Praesiamt als Nutzungsvertragspartner nur den AStA akzeptiert und Verhandlungen mit dem Schweinemensagesamtplenum ablehnt, dauerte es aufgrund von Schwierigkeiten zwischen dem alten AStA und Praesiamt bzw. Schweinemensagesamtplenum bis zur Amtsuebernahme durch den neuen AStA , dass sich AStA und Schweinemensa wieder intensiv um einen Vertragsabschluss bemuehen.
Ende Juli schaltete das Praesiamt Wasser und Strom ab - sie koennten nicht zulassen, dass sich in diesem Gebaeude undefinierte Gruppen aufhielten. Daraufhin wurde dem Praesiamt ein Nutzungskonzept + Vertragsentwuerfe + Plaene fuer noetige Umbauarbeiten vorgelegt. Keine Reaktion vom Praesidialamt. Deswegen besetzten wir am 7.11.90 die Heizzentrale der FU.

Dort stellte sich heraus, dass das Praesiamt,trotz signalisierter Verhandlungsbereitschaft, schon im August 90 das Heizrohr zur Schweinemensa abmontieren liess.Das ist eine bewusst in Kauf genommene Gefaehrdung der Gebaeudestruktur,da beim jetzt einsetzenden Frost die Rohre im Haus zu platzen drohen.Zegenhagen,der seit August weitere Gespraeche mit uns zur Beschleunigung der Vertragsverhandlungen ablehnte, kam ziemlich schnell mit einem Teil seiner Mannschaft zum Deeskalieren in den Heizungskeller.In dem dort stattfindenden Gespraech wurden uns mehrere Zusicherungen gemacht:
- das Praesiamt will nur in einen Vertrag einwilligen, wenn das Gebaeude saniert wird. Mitte naechster Woche soll von der technischen Abteilung der FU ein Kostenvoranschlag vorliegen.
- Sollten die Heizungsrohre wegen des Unterlassung des Praesiamtes platzen, werden diese Kosten nicht auf die Sanierungskosten aufgeschlagen werden.

Unsere Einschaetzung:
- das Praesiamt wird die Schweinemensa abreissen lassen, wenn ihnen die Sanierungskosten als zu hoch erscheinen...:.. ....ein willkommener Vorwand die letzten Streikreste zu zerschlagen!!!

Die Schweinemensa geht uns alle an!!!!
WAS KOENNT IHR TUN ???????
Schreibt Briefe ans Praesiamt (Vorlagen im Schweinemensa Cafe')! Lasst eure Phantasie spielen, um den traegen Verwaltungsapparat in Bewegung zu bringen!!
Kommt ins Cafe'! Plenum jeden Dienstag 17 Uhr!

zur Antifadiskussion1

I. BEWEGUNGSPOLITIK

1.) War der Neofaschismus früher nur ein Schlachtfeld unter mehreren, auf denen sich der autonome Kampf gegen das "Schweinesystem" austobte, so ist er inzwischen zu seinem zentralen Bezugspunkt geworden.

2.) Jenseits revolutionärer Situationen kann sich praktischer Kampf stets nur gegen konkrete, besondere Mißstände richten. Kampf gegen konkrete einzelne Mißstände unterscheidet sich jedoch in nichts von dem Kampf engagierter Systemverbesserer, solange das R e s u l t a t oder ein besonderer Exzess der Kapitallogik, zum Skandal erklärt wird. Die Differenz zu den Systemverbesserern wird nur noch im jeweils besonderen Gestus politischer Praxis gesucht: während die Reformer legalistisch kämpfen, kämpfen die Autonomen militant.

3.) Nachdem mit der Anti-IWF-Kampagne das Projekt eines neuen Antiimperialismus als eigenständiger politischer Kraft der Autonomen gescheitert ist, bietet sich die Antifaarbeit als Ausweg aus dem Dilemma; genauer als Fortsetzung der alten Politik mit neuem Gegenstand. Der Fascho löst den Bullen als Symbol fürs Böse ab. Aufs Neue kann ein Bündnis mit engagierten Bürgern eingegangen werden, man kann die arbeitsteilige Politik wieder aufnehmen, wieder junge Leute mobilisieren und sich gegenseitig abspenstig machen, die Gewaltdiskussion zelebrieren, Massendemonstrationen abhalten, Verletzte zählen, wieder relevant sein. Dem Fascho sei es gedankt, einerseits ganz empirische Person, dem mensch auf Maul hauen kann, und gleichzeitig Personifizierung des Kapitals schlechthin. ("Hinter dem Faschismus steht das Kapital,...) Ein neuer politischer Zyklus nimmt seinen Anfang.

4.) Das bekämpfte Objekt bleibt von dieser abstrahierenden Praxis nicht unberührt. Auch dort findet eine Abstraktion statt: Das konkrete Angriffsziel militanter Aktionen wird zum Symbol. Der Kampf gegen Symbole wird immer mehr zum Kampf gegen das "System"."System" wird immer dann benutzt, wenn man sich vorm Streit über die richtige Erklärung des Systems drücken will. Der Ruf nach"Vermittelbarkeit" wird zum Begleitritual. Der agitatorisch so praktische Symbolismus verschleiert das Bewußtsein von Agitator und Publikum und wird dadurch selbst zur Ideologie.

II. AUTONOMER ANTIFASCHISMUS stellt sich meist so dar:

1. Es gibt nur graduelle Unterschiede zwischen den politischen Formen, in denen sich kapitalistische Gesellschaften reproduzieren, da diese Formen alle w e s e n t l i c h auf Repression beruhen.

2. Die politischen und ökonomischen Strukturen werden personalisiert. Der Staat ist eine planmäßige Veranstaltung des Kapitals, die Faschisten reine Marionetten.

3. Die Faschisten sind Ausdruck der Krise des kapitalistischen Herrschaftssystems. sie greifen die an sich berechtigten Interessen des Volkes auf, bieten aber im Interesse des Großkapitals falsche Lösungen an, die auf Kosten gesellschaftlicher Minderheiten gehen.

4. Die spezifischen Inhalte faschistischer Propaganda werden unterschätzt, die Ideologie spielt für die "Theorie" nur eine marginale Rolle

5. Der Hauptfeind im Kampf gegen den Faschismus sind die Reformisten, die die Revolutionäre Krise des Systems nicht sehen wollen, damit zur Spaltung des Widerstandes beitragen und dem Faschismus dadurch erst recht freie Bahn schaffen.

Soweit decken sich die autonomen Gedanken zum Faschismus mit denen der Komintern von anno dazumal, sind also stalinistisch, was aber keinesfalls ein Vorwurf sein soll. Viel mehr stört die Tatsache, daß uns diese Erklärungen des Faschismus nichts nützen: "planmäßige Veranstaltung des Kapitals" "Spaltungsversuch der Reformisten" und "Repression" fallen meist den Leuten ein, denen die richtige Kritik des Faschismus nicht gelingt. Spätestens hier wird der Einwand erhoben werden müssen, die Theorie spiele in der autonomen antifaschistischen Praxis sowieso keine besondere Rolle. Genau richtig! Deshalb sollte auch wenig Zeit darauf verwendet werden, die oben genannten Punkte auseinanderzunehmen. Denn nichts davon ist nötig, um gutgerüstet Faschos jagen zu gehen.

III. MILITANT ENGAGIERTE BÜRGERINITIATIVE

Ein gesundes staatsdemokratisches Bewußtsein reicht vollauf: Der Demoaufruf zu der Antifademo in Lichtenberg zeigt, was übrig bleibt, wenn Selbstschutz gegen Faschos zu d e m politischen Inhalt wird: eine militant engagierte Bürgerinitiative.

Da wird versucht, dem frischgebackenen Eigentümer seiner DDR-Arbeitskraft, also dem Nachbarn von nebenan auf dem Weg zu seinem neuen Broterwerb , klarzumachen, daß das einzige, was ihn noch stören könnte, die gewalttätigen Neonazis und Skinheads seien. Nicht die Fabrik, das Krankenhaus und der Aldi vor der Tür, die neu eingerichtete Geldbeutelapartheid, die Entfremdung der Menschen vom von ihnen geschaffenen Reichtum mittels Lohn, der dazu da ist, sie vom Reichtum auszuschließen, wird zum Skandal erklärt. Zum Skandal erklärt wird die G e w a l t b e r e i t s c h a f t der faschistischen Gegner der multikulturellen Gesellschaft im zukünftigen Europa, und schließendlich müssen sich die "Menschenverächter" auch noch den Vorwurf gefallen lassen, sie hielten sich nicht an die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Es gälte jetzt, den Drecksäcken eine aufs Haupt zu brennen.
Bis hierher ist das Ganze ja nur militant engagiert und erfreulich, doch in den B e g r ü n d u n g e n kommt die Bürgerinitiative daher:

Erstmal wird die Polizei mit einer überaus konstruktiven Kritik bedacht man stellt teilweise sogar polizeitaktische Erwägungen an, grade, als ob die Polizei dazu da wäre, u n s r e Ziele zu verfolgen. Sie könne oder wolle nicht so gut sein, wie wir das gerne hätten, deshalb hätten wir eben selbst für Ordnung auf der Straße zu sorgen.

Als weiterreichender eigentlicher G r u n d für die Bekämpfung der Faschos wird angegeben, daß eben wir dazu auserkoren seien, "das Schlimmste zu verhüten" bzw. "das drohende Unheil im Keim zu ersticken". (Zitate sind nicht mehr aus dem Flugblatt, aber sonst überall zu hören) Wenn ich jedoch "das Schlimmste verhüten will", muß ich was anderes verteidigen, d. h. es muß was geben, worauf es sich positiv zu beziehen lohnt. Klingt erstmal ganz plausibel, vorausgesetzt, es gibt da wirklich was zu verteidigen, was uns gut tut. Hier werden von Linken meist die "demokratischen Errungenschaften" genannt: auf die könne man sich guten Gewissens beziehen, sind sie doch von der Arbeiterklasse historisch erkämpft.

IV. BÜRGERLICHER STAAT

1.) Weder daß etwas von der Arbeiterklasse, noch daß etwas erkämpft ist, ist ein Grund selbiges verteidigen zu müssen.

2.) Plötzlich gelingt den sonst so geschichtsbeflissenen Linken ein beeindruckender Sprung in den geschichtslosen Raum, nämlich gerade dann, wenns um den bürgerlichen Staat geht. Wenn andernorts anstelle von Argumenten seitenlang Geschichtsbeschreibung bemüht wird, springt jetzt die völlig unhistorische Argumentation ins Auge: Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Sozialstaat, Freizügigkeit und womit uns die Demokratie sonst noch alles ausstattet, werden plötzlich als quasi unveräußerliche Rechte, aus der Natur der Menschheitsentwicklung abgeleitete Eigenschaften empfunden, und nicht als das auseinandergenommen, was sie sind: Einrichtungen einer historischen Gesellschaftsformation, des bürgerlichen Staates, die bestimmte Zwecke zu erfüllen haben.

3.) Was tut uns denn so gut an diesen "Errungenschaften" bürgerlicher Demokratie? (Manche halten die Einrichtungen des bürgerlichen Staates sogar für so bestechend positiv, daß sie von Korruption reden.)
Kaum eine Bevölkerung der Welt ist so arm wie die der BRD, gemessen an dem, was sie an Reichtum produziert, verglichen mit dem, was sie davon hat. Die Notwendigkeit, dem Staat auch noch die miesesten Zugeständnisse abringen zu müssen, ist noch überhaupt kein Grund ihnen die Etikette der Menschenfreundlichkeit anzuheften. Die sozialstaatlichen Wohltaten sind Leistungen des Staates für seine lohnabhängigen Bürger, da ihm ihre Erhaltung redlich am Herzen liegen muß: Gesundheitswesen, Arbeitsschutz, Freizeitstätten, Versicherungszwang.
"Sozial" bedeutet dabei jedoch nichts weiter als ganz banal "die Gesellschaft betreffend". Und zwar macht ein Sozialstaat nicht i r g e n d e i n e Gesellschaft zum Zweck und Inhalt seines Wirkens, sondern er kümmert sich genau um das Funktionieren d e r Gesellschaft, die den Grund für seine Existenz darstellt, deren Mitglieder ihn wollen, und ihn deshalb mit Gewalt über sich ausstatten. Da der Zweck dieser Gesellschaft die Vermehrung des abstrakten Reichtums, des Geldes (in Papierscheinen oder computergespeichert auf der Bank) ist, und zwar jeder gemäß seinen Mitteln, richten sich staatliche Maßnahmen allesamt danach, das Spiel der Konkurrenten optimal zu gestalten. Voraussetzung dafür ist, daß alle sich darauf einigen, daß Waren etwas kosten, d.h. daß sie etwas w e r t sind, und daß alle sich tagtäglich dem gesellschaftlichen Ritual der Waren zueinander freudig unterwerfen. (z.B. Kauf einer Ware gegen Geld)

Der Staatsbürger, der auf die öffentliche Gewalt angewiesen ist, um sich in der Konkurrenz g e g e n andere durchzusetzen, wäre keiner, wenn er nicht den Nutzen des Staates für s e i n e Interessen als die eigentliche Aufgabe des Staates ansähe. Er formuliert das I d e a l des Sozialstaates und bezieht sich darauf als p o s i t i v e s Mittel seiner gesellschaftlichen Existenz. Dabei bietet ihm die demokratische Organisationsform optimale Möglichkeiten, seine konstruktive Kritik als Privateigentümer in der Konkurrenz (sei er Arbeitskraftbesitzer oder Maschinenbesitzer) gesellschaftlich einzubringen und fleißig dem eigentlichen Zweck, der Selbstverwertung des Werts, zu dienen.

Da ich leider nur Eigentümer meiner Arbeitskraft geworden bin, und mir deshalb von Staats wegen die Aufgabe zufällt, am Eigentum a n d e r e r nützliche Dienste zu verrichten, nützt m i r die demokratische Veranstaltung rein garnichts.

Mahmud Malocher, selbstverständlich auch Antifaschist

Wir waren uns nicht einig, ob wir den Artikel reinnehmen oder nicht. Einigen war er wichtig, und so ist er schließlich drin.
Die Gesamtheit des Textes schien uns sehr unverständlich, die Analyse oberflächlich bis falsch. Die Theoriediskussion zur "autonomen, antifaschistischen Praxis" ist wichtig, das vehältniss Kapital-Faschismus und den Stellenwert der Antifa-Arbeit innerhalb autonomer Praxis.
In der Eile schreiben wir nur zu einigen Hauptkritikpunkten (nur unvollständig angeschnitten)
-Die Bevölkerung der BRD als arm darzustellen, klingt wie ein Hohn angesichts der bodenlosen Armut im Trikont, die bekannterweise hier fabriziert wird.
-Antifa-Arbeit und eine Bürgerinitiative gleichzusetzen finden wir schon ziemlich sonderbar, weil nicht Bürgerrechte verteidigt werden, sondern das was wir täglich leben.
-Ist autonomer Antifaschismus stalinistisch orientiert ? Wenn dem so ist, dann ist das äußerst kritisierenswert, und nicht lapidar o.k.

DOKUMENTATION DER INFOTELEFONE

Die Infotelefone dieser Stadt (diesmal das Antifainfo- und das Antirassistische Telefon) veröffentlichen ab jetzt regelmäßig ausgewählte Meldungen. Die Meldungen betreffen rassistische, sexistische, faschistische und antisemitische Diskriminierungen/Übergriffe und Diskriminierungen/Übergriffe auf Lesben und Schwule. Es ist uns klar, daß nur ein Bruchteil der Übergriffe bei den Telefonen gemeldet werden. Die Dokumentation soll dazu dienen, unsere Informationen einem größeren Kreis von Menschen zugänglich zu machen. Gleichzeitig fordern wir euch auf, einzugreifen, das Wegsehen und Schweigen aufzubrechen und eure Informationen und Erfahrungen an die entsprechenden Telefone weiterzuleiten.

Ausgesuchte Meldungen vom Antifa-Infotelefon Westberlin Sa von 16-2o Uhr 692 15 99

nachgeprüfte Infos

"Ausländische" und "deutsche" Jugendliche, die sich zu einem Seminar gegen Rechtsextremismus in einer Jugendherberge in Grünau/Ostberlin getroffen hatten, wurden am 6.7. von Faschisten angegriffen. Zuschauende PassantInnen griffen nicht ein, so daß die Jugendlichen zur Herberge flüchteten. Da das Herbergspersonal und die Vopos sich scheinbar mit den Faschos gut verstanden, wurden die Jugendlichen darauf wieder nach Westberlin gebracht.
AIT,7.7./taz,14.7.

In der Nacht vom 24. zum 25.8. griffen ca. 6 Faschos das besetzte Haus in der Marchstr. 23 an und warfen Fenster ein. Daraufhin wurden sie von 5 Antifas verfolgt, bis sie am Einsteinufer auf noch mehr Faschos (ungef. 9) stießen. Bei der folgenden Auseinandersetzung wurden sowohl Faschos wie auch Antifas verletzt. Da "ausländische" PassantInnen eingriffen, flohen die Faschos u.a. mit einem Kübelwagen (ockerfarbene Flekken auf olivgrün) mit westberliner Kennzeichen. (Die anscheinend organisierten Faschos waren Glatzen mit Bomberjacken und Scheitel mit HJ-Hemden.) Die dann auftauchenden Bullen ließen die Faschos fliehen.

Ungesicherte Meldungen

Die Disko **Treffpunkt** in der Hans-Loch-Str. in Ostberlin soll hauptsächlich von Faschisten besucht werden.
AIT,7.7.

Falls euch näheres bekannt ist, meldet euch beim Antifa-Infotelefon!!

Im August erhielten alle BewohnerInnen der Oranienstr. 159 (BAZ u.a.) einen faschistischen Drohbrief. Am 18.9. brannte der Dachstuhl dieses Hauses vollständig aus. Ob diese Brandstiftung was mit dem Drohbrief zu tun hat, ist unklar.
(Meldet euch bei Drohbriefen, um Zusammenhänge zu klären!)

Ausgewählte Meldungen vom Antirassistischen Telefon 861 94 22

12.1.1990
Meldung vom Angriff auf **Mahmud Azhar** durch einen seiner Freunde: M. Azhar ist am 7. Januar von einem Deutschen aus der damaligen DDR rassistisch beschimpft und angegriffen worden. M. A. verstarb einige Wochen später an den Folgen des Angriffs. Der Angreifer war von der Polizei verhört und danach freigelassen worden. Inzwischen wurde Anklage erhoben, der Prozeßtermin wurde auf den 17. Dezember 1990 festgelegt.

21.04.1990
Kreuzberg, Wrangelstraße, samstags um die Mittagszeit: Ein dunkelhäutiger Mann wird auf seinem Weg zum Einkaufen von 2 Männern zunächst mit den Worten: "Euch Kanaken müßte man verschwinden lassen", angemacht. Der Mann antwortet: "Sorgt lieber dafür, daß die Nazis und Skinheads hier verschwinden!" Daraufhin wird er von den beiden Männern festgehalten, mit den Worten: "Du hast den Führer nicht zu beleidigen." Die beiden Männer schlagen ihn mit den Fäusten ins Gesicht. Die Wrangelstraße war zu dieser Zeit sehr belebt. Es griffen erst Leute ein, als der Mann bereits zusammengeschlagen am Boden lag. Die beiden Männer konnten unerkannt verschwinden. Die Anruferin meldete uns diesen Vorfall, weil sie sehr erschrocken war, daß sich sowas im "Kreuzberger Kiez" ereignen konnte, wo sich der Angegriffene bis zu diesem Zeitpunkt sicher gefühlt hatte.

Diese Dokumentation könnt ihr bekommen bei:

B andito Rosso Lottumstr.1oa 1o54
Ex Gneisenaustr.2a 1-61
Literaturcafe Konrad-Blenkle Str.1 Prenzlauer Berg 1o53
Oromo-Zentrum Prinzenallee 1-65

Kiezladen, Falckensteinstr.46 1-36
Syndikat, Weisestr.56 1-44
Aurora, Knobelsdorffstr.8 1-19
Grünkern, Adamstr.14 1-2o

Antifaşist Gençlik, Halk Evi Kottbusser Damm 9 1-44
Linde, Sophie-Charlottenstr.97 1-19
Buchladen im BAZ, Oranienstr.159 1-36
Infocafé, Mainzer Str.5 Friedrichshain 1o55
KOB, Potsdamer Str.157 1-3o
Lunte, Weisestr.53 1-44

Wirtschaftsarchiv im Papiertiger

In der IWF-Weltbankkampagne 87/88 gab es ein weitverbreitetes Bedürfnis nach Einsicht in die ökonomischen Grundlagen der weltweiten Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse. Der herrschenden Aufteilung der Privilegien und des Reichtums nach den Kriterien des Geschlechts, der 'Rasse' und der Klassenlage im Kapitalismus sollte mit einem wissensmäßig fundierten 'neuen Internationalismus' begegnet werden.

Kaum waren die Banker wieder abgezogen, erlosch das Interesse schlagartig. Vielleicht, weil doch alles nicht so einfach ist? Gerade seither ist die Wichtigkeit ökonomischer Entwicklungen, zum Beispiel die wirtschaftliche Eroberung Osteuropas mit ihren Folgen für Asylpolitik und Rassismus hier zum drüber Stolpern offensichtlich.

Wir haben trotz der Konjunkturschwäche des Themas versucht, dranzubleiben und machen das Wirtschaftsarchiv im Papiertiger. Schwerpunkt dabei ist ein aktuelles Zeitungsarchiv. Wir verwenden überwiegend das Handelsblatt, aber auch FR, FAZ und andere.

Jeder Ordner geht über einen zeitlichen Abschnitt von etwa zwei Monaten. Die inhaltliche Unterteilung ergibt sich aus den aktuellen Geschehnissen und unserer subjektiven Bewertung, was wir gerade wichtig finden, und was wir mit was in Verbindung bringen wollen. Zum Beispiel gibt es einen Block zur Drogenkampagne zwischen den Bereichen USA und Lateinamerika, wenn da gerade viel passiert. Die grobe Unterteilung ist meist:

- BRD, DDR,
- EG-Länder, EG,
- Osteuropa, Sowjetunion,
- Arabischer Raum,
- Asien, Japan,
- USA,
- Lateinamerika,
- Afrika,
- NATO, globale Repressionsstrukturen,
- Verschuldung, Finanzinstitutionen, Notenbanken, Börsen, Banken.

Zu Rohstoffen, Branchen und Unternehmen findet ihr was in anderen Ordnern. Außerdem gibt es längere Texte, die Hintergründe beschreiben und Thesen entwickeln (Leider oft auf Englisch). Diese Ordner sind ähnlich unterteilt. Mit dem Sortieren der Bücher zu diesem Thema haben wir erst angefangen.

Wir freuen uns, wenn ihr mal vorbeikommt:

Montags, 18-20 Uhr im Papiertiger, Cuvrystr. 25

STOPPT die Hools!

Die Mobilisierung zum Türkiyem Spor Freundschaftsspiel gegen Bayern am 1.12 im Mommsenstadion (siehe Interim von letzter Woche, Nr. 122) müssen wir leider ablasen!

Unserer schlechten Recherchierung sind wir jetzt selbst zum Opfer gefallen:

1. Da Türkiyem Spor-Offizielle der Meinung sind, daß sie das selbst auf die Reihe kriegen würden (bzgl. Ordner, Eigenschutz gegen Hools usw.).
2. Sie möchten keine politische Unterstützung, d.h. keine Transpis, keine Parolen...
Wir wissen jetzt erst, daß sie schon mindestens zweimal bestimmte Auflagen aufgedrückt bekommen haben...
3. Die Karten sind doch teurer als bei den normalen Spielen...

Mit Bauchschmerznen akzeptieren wir diese Meinung von Türkiyem Spor, da es uns absolut wichtig ist, nicht gegen sie zu arbeiten.
Diese Absage schließt selbstverständlich nicht aus, Hools und Faschos immer und überall an ihren Gewalttaten zu hindern.

Nichts ist vergessen und niemand!

Ein Jahr ist vergangen, seitdem Conny von den Bullen am 17.11.89 in den Tod getrieben wurde. 20.000 Menschen demonstrierten daraufhin, trotz Medienhetze und massiven Bullenaufgebots, gegen Staatsterror und Neofaschismus. Am 12.6.90 hat die Staatsanwaltschaft Göttingen Conny offiziell "zu den Akten" gelegt (Zitat Göttinger Tageblatt).

Diesen menschenverachtenden Zynismus nehmen wir nicht hin! Wir wollen auch in diesem Jahr unsere Wut und Trauer über den Mord auf die Straße bringen. Wir rufen zu einer bundesweiten Demonstration anläßlich von Connys Todestag am 17.11.90 auf!

Conny kämpfte wie viele andere nicht nur gegen den zunehmenden Naziterror auf den Straßen, der nur der krasseste Ausdruck der real existierenden Unterdrückungsverhältnisse in dieser Gesellschaft ist. Systematisch werden Frauen, AusländerInnen, Homosexuelle, Behinderte sowie alle Menschen, die sich nicht anpassen wollen und nicht beliebig verwertbar sind, benachteiligt und bedroht. Für uns hier bedeutet das auch erstmal, daß wir an den unterschiedlichsten Punkten an dieser patriarchalen, kapitalistischen Gesellschaft angeeckt sind, die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse, den Konsum, ätzende Familien- und Beziehungsstrukturen aber nicht hinnehmen wollen.

Wir kämpfen für unabhängige, selbstbestimmte Lebenszusammenhänge. Dabei stoßen wir in unserem Alltag immer wieder auf eigene Widersprüche, weil auch wir diese Strukturen verinnerlicht haben. Der Anspruch, alle Lebensbereiche herrschaftsfrei und selbstbestimmt organisieren zu wollen, heißt permanente Hinterfragung und solidarische Auseinandersetzung mit allen, die Machtpositionen ablehnen. Dies ist eine Voraussetzung, um jegliche Gewaltverhältnisse in allen Zusammenhängen aufzudecken, zu stören und zu bekämpfen - **für eine freie Gesellschaft und die Emanzipation aller Menschen!**

Die Angriffe gegen Patriarchat, Kapitalismus und Imperialismus in diesem satten, selbstzufriedenen Land sind Ausdruck unserer Solidarität mit allen Unterdrückten, weltweit ohne Grenzen und Nationalismen. Mit den Versuchen, neue Wege des Zusammenlebens und der politischen Arbeit zu entwickeln, entstehen gerade Leben und Politikformen, die den herrschenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen entgegenstehen und sie bekämpfen. Das zieht massive Reaktionen der Staatsgewalt und aller Gruppen, die sich über Macht und Ausgrenzung definieren, nach sich. Die Versuche, alle unliebsamen Strukturen zu zerschlagen, sind vielfältig, sei es Kriminalisierung, Bespitzelung, Lügenverbreitung, Haß säen, die Menschen gegeneinander ausspielen, unter Drogen setzen oder - ermorden. Das zeigt sich unter anderem an den Feindbildern und der Mentalität der Bullen, die letztendlich nur Handlanger sind, und natürlich erst recht in den Angriffen der Faschisten, wobei die Bullen zusehen oder selbst Jagd machen.

Am 17.11.89. waren wieder Faschisten in der Stadt, wogegen einige Menschen (in Gruppen) auf die Straße gegangen sind, unter ihnen auch Conny. Für die Bullen (wieder) Anlaß, ihrem Feindbild hinterherzujagen und (diesmal) zu versuchen, sie "platt zu machen" - sie haben Conny in den Tod getrieben. Conny war nicht die Erste, die so starb, aber sie war für uns die Naheste, viele von uns hätten es sein können. Die Wut, die Trauer und die Empörung waren groß, wie die Demo am 25.11.89 gezeigt hat. Auch in weite

gesellschaftliche Kreise hinein gingen die Auseinandersetzungen, einige Menschen haben sich darüber zusammengefunden.

Doch hat das "öffentliche" Interesse wieder nachgelassen, und "die" Medien lügen oder schweigen weiter. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen die Bullen eingestellt, die Bullen also legitimiert, Menschen in den Tod zu jagen. Dafür hat sie Ermittlungen und Prozesse gegen Menschen, die zu den Verhältnissen nicht schweigen, und insbesondere gegen DemoteilnehmerInnen angezettelt. Auch das Zivile Streifenkommando (ZSK) macht weiter mit seinen Versuchen zu bespitzeln und einzuschüchtern. Die Bullen schützen weiter die Faschisten, wie zum Beispiel mit CS-Gasgranaten in Mackenrode. Die Faschos, nicht zuletzt ermutigt durch den deutschen Nationaltaumel, versuchen ihren Terror weiterzutreiben. Als einige Beispiele seien hier nur der FAP-Aufmarsch im Dezember 89, das Untertauchen Thorsten Heises (eines führenden FAP-Funktionärs) wegen eines drohenden Mordversuchprozesses gegen ihn und der Mordanschlag des FAP-Führers Polacek am 14.7. in Mackenrode zu nennen. Auch der Faschoterror an den Schulen, die Überfälle auf Menschen auf der Straße und der neofaschistische Aufwind in der Ex-DDR gehören mittlerweile zum Alltag.

Wir verteidigen unsere Strukturen und Zusammenhänge und werden weitermachen in unseren Initiativen, mit unserer Politik. Wir lassen nichts durchgehen und werden nicht vergeben und nicht vergessen - **ein Jahr Mahnwache, wir trauern um Conny!**

Die Ereignisse und Gefühle um den 17.11.89 werden für viele nach einem Jahr noch einmal näher rücken. Darum wollen wir am Freitag, den 16.11.90, gemeinsam die Nacht an Connys Todesstelle am Iduna-Zentrum verbringen. Am Samstag, dem 17.11.90, wird um 11 Uhr an der Stadthalle eine Demo beginnen, die zur Mahnwache führen soll, an Gericht und Staatsanwaltschaft vorbei, und durch die Stadt zur Abschlußkundgebung am Juzi.

Die Gefühle zu den Ereignissen am 17.11. sind unterschiedlich, von Trauer, Ohmacht über Wut bis Haß gegen die, die Connys Tod zu verantworten haben. Auch bei der Unterschiedlichkeit der Gefühle ist es notwendig, geschlossen und solidarisch die Mahnwache und die Demo durchzuführen.

Die Demo am 25.11.89 hat gezeigt, daß die Polizeiführung und die politisch Verantwortlichen keine Gelegenheit auslassen werden, das politische Ziel der Demo durch Bullenübergriffe zu verdrehen. Auch in diesem Jahr ist damit zu rechnen, daß die Bullen mit Unterstützung der Medien schon im Vorfeld die DemoteilnehmerInnen massiv einzuschüchtern versuchen. Es ist notwendig, daß wir uns gegen mögliche Bullenangriffe schützen und zur Wehr setzen.

Wir fordern für die Demo:
keine Vorkontrollen,
kein Bullenspalier,
kein Bullenaufgebot an der Mahnwache.

Wir werden es uns nicht nehmen lassen, die vorgesehene Demoroute und die Demo selbst ***mit allen gemeinsam*** bis zum Ende durchzusetzen. Denn nur so werden wir unsere Trauer und Ohnmacht in Wut und Widerstand wandeln können.

WIR SIND DIE KRAFT
DIE VON UNTEN
NACH OBEN DRÄNGT
VON RÜCKSCHLÄGEN BEGLEITET
UND VON ZWEIFELN
OFT NICHT EINIG
ÜBER DEN WEG UND DIE MITTEL
MANCHMAL IN DER
FALSCHEN RICHTUNG
ABER UNAUFHALTSAM!

Mahnwache: Freitag, 16.11. ab 20[00] die ganze Nacht
Demo: Samstag, 17.11. um 11[00] ab Stadthalle

Unsere Forderungen:

- **Weg mit dem ZSK!** Das heißt Auflösung der Institution 'Politische Polizei' sowie Absetzung der ZSK-Beamten.
- **Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Verantwortlichen an Connys Tod!** Weniger wegen der ohnehin kaum zu erwartenden Bestrafung der Beamten, sondern eher um öffentlich zu machen, daß es die vom Staat herbeigeredete Gewaltenteilung nicht gibt - daß Polizei und Justiz sich gegenseitig decken.
- **Keine Kriminalisierung und Bespitzelung des antifaschistischen Widerstands!**
- **Einstellung aller Verfahren gegen Antifas!**

Diavorträge zu den Ereignissen vom letzten Jahr:
Dienstag, 13.11. 19[00] Uhr, Uni, ZHG, Raum 009
Donnerstag, 15.11., IGS
Freitag, 16.11. 19[00] Uhr am Gänseliesel

SchülerInnen-Antifa-Café im Juzi:
Freitag & Samstag ab 16[00]

Vorbereitungstreffen für Auswärtige:
Freitag, 16.11. 20[00] Uhr, Uni (genauer Ort wird bekannt gegeben).
Anlaufstelle ab Freitag: Juzi, Bürgerstr.,
✆ 0551/ 7 45 57

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sind wir auf Spenden angewiesen.
Spendenkonto: Kreissparkasse Göttingen, BLZ 260 501T10, Kto.Nr: 125 200 675 P. Gertz, Stichwort: Nie vergessen!

Seit 1981 sitzt Thomas Brunner in verschiedenen Knästen Baden-Württembergs: Calw, Pforzheim, Stuttgart-Stammheim, Freiburg und Bruchsal, wo er die längste Zeit saß und wo ihm auch zweimal (1985 und 1987) die Flucht gelang.

Im Dezember 1988 wurde er in einer Blitzaktion nach Stuttgart-Stammheim verlegt. Die Verlegung erfolgte auf Initiative des Bruchsaler Anstaltsleiters Preusker, der das "Verlegungskarussell" für "besonders gefährliche und ausbruchsgefährdete Gefangene" vorschlug. Danach sollen diese Gefangenen so häufig verlegt werden, daß sie in den Knästen keine festen Strukturen entwickeln können.

Gleich nach seiner Ankunft in Stammheim galten für Thomas besondere Haftbedingungen. Am 7. April 1989 wird er wegen angeblicher Hinweise auf einen neuerlichen Fluchtversuch in den Toten Trakt im Erdgeschoß gebracht. Erneut werden die Sicherheitsmaßnahmen verschärft. Wegen dieser Haftbedingungen, der totalen Isolation, schließt sich Thomas Brunner am 17. April 1989 dem bundesweiten Hungerstreik an, den er ohne Erfolg am 11. Mai abbricht.

12. Oktober 1990

Zur Situation von Thomas Brunner

Heute befindet er sich bereits mehr als eineinhalb Jahre in dem abgetrennten Flügel im Erdgeschoß. Die Verlegungen von einer Zelle in eine andere der dort leerstehenden Zellen häufen sich, der tägliche Kleinkrieg gegen ihn nimmt ständig zu: willkürliche Besuchsverbote und Anhalteverfügungen, "verschollene" Briefe, Zellenrazzien - auch nachts -, Schlafentzug durch systematischen nächtlichen Radau ... es gibt eigentlich fast nichts mehr, was sie ihm wegnehmen können. "Gegenwärtig gibt es jedenfalls keinen anderen Gefangenen, der Haftbedingungen hätte, die denen des Strafgefangenen T.B. vergleichbar sind", antwortete das baden-württembergische Justizministerium auf eine Anfrage der Grünen.

Dazu Thomas: *"Das was ich hier erlebe nenne ich das Konzept der Gehirnwäsche! Denn was ist das, wenn man dich in einem Bereich gefangenhält, indem du so vollkommen isoliert bist, daß enge emotionale Beziehungen erfolgreich abgebrochen oder ernsthaft abgeschwächt werden können? ... Wo über eineinhalb Jahre jetzt die Post systematisch vorenthalten wird, wozu auch Verteidiger- und Strafvollzugsbeauftragenbriefe gehören, die mitunter vierzehn Tage zurückgehalten werden ... Wo versucht wird, jede emotionale Unterstützung zu zerstören, indem Besuchsverbote ausgesprochen werden und Gefangene, die mit einem sprechen wollen, sofort verlegt werden ... Wo verhindert wird, daß ich über die Haftbedingungen nach Hause oder zu FreundInnen schreibe, indem diese Briefe dann per Verfügung angehalten werden ... Daß hier die Techniken zur Charakterschwächung - wie Erniedrigungen, Verunglimpfungen und Schlafstörungen - in Verbindung mit dem strengen Knastregime gezielt angewandt werden, in der Form, daß ich mich beispielsweise bei jeder Verlegung (innerhalb des Trakts), die in der Regel alle drei Monate stattfindet, vor drei bis vier Wärtern nackt ausziehen muß und daß ich dann am nackten Körper abgetastet werde, ja sogar der After abgetastet wird ... Daß des Nachts so an der Türe gerissen und teilweise dagegengeschlagen oder -getreten wird, daß ich aus dem Schlaf gerissen werde und ich davon in der Zwischenzeit einen solch unruhigen Schlaf habe, daß ich schon aufwache, wenn nur die vordere Gittertüre zum Toten Trakt geschlossen wird ... Und dann die Monopolisierung der Wahrnehmung, indem ich von allen körperlich isoliert bin, kein Berühren anderer Menschen, niemanden beim Besuch spüren können ... Hier im Erdgeschoß, in diesem Sondertrakt, dem Knast im Knast, wo ich nur Wärter sehe und bei Besuchen die Trennscheibe habe ... nur die kahle Umgebung, Tag für Tag, Monat für Monat, die sie jetzt noch verstärkt haben, indem sie mich in eine neu gestrichene Zelle gelegt und die gegenüberliegende Wand des Verwaltungsgebäudes neu gestrichen haben, so daß es einen regelrecht blendet, wenn man darauf schaut und das ist immer dann der Fall, wenn ich aus dem Fenster sehe ... Daß die Bewegungsfreiheit so eingeschränkt ist, durch die übergroßen Möbel, wo ich fast nix auf der Zelle haben darf in der ich 23 Stunden, Sonn- und Feiertags 24 Stunden, zu leben habe und der Käfig auf dem Dach für die Stunde Hofgang ganze 30*

mal 11 Meter mißt ... Und nicht zuletzt die gleichförmige, monotone Nahrung, die sie mir seit 20 Monaten vorsetzen: Täglich im Wechsel Sojaklöße oder gebackene Sojaküchlein und abends nicht selten dreimal hintereinander den gleichen Streichkäse oder Eier."

Die Knastobristen geben vor, die Trakte wären *"erbaut worden für besonders 'gefährliche' (was immer das sein mag) Gefangene und nun zwängen sie eben all die in diesen Begriff, die ihrer Strategie der Zerstörung, Ausbeutung und Unterdrückung im Wege sind, die den Ablauf der Vernichtungsmaschinerie stören ... Hier wird das Aussondern derer vollzogen, die unter den Ausgesonderten zu denen gehören, die ihr Leben in die eigene Hand nehmen, um gleichzeitig allen anderen ein mahnendes Beispiel zu setzen, sollten sie die gleichen Gedanken realisieren wollen. Dafür wurden dieser Tote Trakt im Erdgeschoß und der Hochsicherheitstrakt im siebten Stock erdacht und erbaut. Alleine die Architektur zeigt, daß es hier darum geht, Menschen mit System zu zerstören."*

Auf die Frage, ob Thomas Brunner in den eineinhalb Jahren seiner Isolation keinen anderen Gefangenen zu Gesicht bekommen hat, antwortet das Justizministerium zynisch: "Es wurden in der Tat schon Gefangene verlegt, die von einem oberhalb der Zelle B's gelegenen Haftraum aus versucht haben, mit ihm Kontakt aufzunehmen ... Die Lage des Haftraums des Gefangenen erlaubt den Blick auf den Südhof, der nicht regelmäßig genutzt wird. Der Hofreiniger [der Sprechverbot hat], ist jedoch auch dort regelmäßig tätig. Die Annahme, daß der Strafgefangene B. seit dem 7.4.89 keinen Gefangenen zu Gesicht bekommen habe, trifft schon aus diesen Gründen nicht zu."

Als Begründung für seine fortgesetzte Isolierung führt das Justizministerium an: "T.B. ist ein gefährlicher Straftäter und ein gefährlicher Ausbrecher." Doch da seine letzte Flucht inzwischen Jahre zurückliegt, er sich vor seiner Verlegung nach Stammheim im "Normalvollzug" befand, werde die Vorwände immer dünner, die Argumentation immer offener politisch: "Immerhin ist es dem Gefangenen gelungen, trotz der strengen Kontrollen in der JVA Stuttgart-Stammheim ... sein komplettes Buch [gemeint ist 'Vogelperspektiven', erschienen unter dem Pseudonym 'Thomas Braven'] aus der Anstalt zu bringen. ... Der den Vollzugsanstalten zur Pflicht gemachte Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zwingt deshalb in einem solchen Fall zu besonderen Maßnahmen."

Nachdem im Verlauf dieses Jahres Gefangene in ganz Europa durch Aktionen auf ihre Lage aufmerksam gemacht haben, sind die Justizbehörden offenbar darum bemüht, die erzwungene "Öffentlichkeit" kaltzustellen, bzw. schon im Vorfeld zu verhinderen. Bereits Mitte des Jahres wurde Thomas im Auftrag des Justizministeriums vom Anstaltspfaffen befragt, "ob ich nicht in den 'Hamburger Raum' verlegt werden möchte. Als ich äußerte, daß so ne vage Sache, wie er sie da schildert, für mich keine Überlegung wert sei, weil mir das zu oberflächlich ist, in so einer wichtigen Sache, erhalte ich prompt die Antwort, daß ich dann damit rechnen muß, daß der Druck hier noch enorm zunehmen wird." Tatsächlich wird kurz darauf eine Verfügung erlassen, die den Bezug von Büchern weiter einschränkt.

Nach einer Anfrage der Grünen und einer Petition seines Rechtsanwalts, mit dem Ziel seiner Verlegung nach Mannheim in den "Normalvollzug", zieht das Justizministerium mittlerweile wohl auch eine Verlegung in einen anderen Knast im "Ländle" in Betracht, um der Behandlung der Petition im Landtag zuvorzukommen.

"Eine Verlegung ... unter dem Gesichtspunkt, daß sich an den Verhältnissen nix ändert ist keine Diskussion wert ... Die einzige Alternative die es gibt, ist die, daß zuallererst die Zwangsarbeit abgeschafft wird und uns ermöglicht wird, menschenwürdig zu leben, daß wir uns ohne Zensur politisch informieren und äußern können und daß wir mit all denen zusammenleben können, die ebenso politisch arbeiten wollen.

Da ich aus der Geschichte weiß, daß uns all das nicht zugestanden wird, daß immer mehr Isolationstrakte und Knäste in der Peripherie gebaut werden, kann meine Antwort nur heißen: **Wir werden uns das erkämpfen!"**

FREIHEIT FÜR ALLE

Aktueller Stand zur Situation

von Isabel Jacob (24.10.)

So, wie es aussieht, haben wir nicht durchsetzen können, daß Isabel Jacob draußen bleibt. Das Justizministerium und die Staatsanwaltschaft haben den Antrag auf Haftunfähigkeit abgelehnt. Der Haftbefehl ist inzwischen ausgestellt worden und seit dem 18.10. müssen wir jederzeit damit rechnen, daß sie Isabel holen. In dieser Situation stehen wir; vieles, was wir versäumt haben, zeigt sich jetzt.

<u>Zur Entwicklung in den letzten Wochen</u>

Isabel bekam einen neuen Haftantrittstermin. Die Begründung der Staatsanwaltschaft dazu vom 31.8. lautete: daß"...die erforderliche Behandlung...in der JVA Frankfurt III gewährleistet ist."
Spätestens am 8.10. sollte sie in Preungesheim die Haft antreten. Die Begründung bezog sich auf ein Gutachten des behandelnden Facharztes von Isabel, das wir selbst gefordert hatten. Dieses Gutachten blendet den Knast und die dort existierenden Bedingungen komplett aus und nennt nur allgemeine Voraussetzungen für die Behandlung von Schilddrüse und Augen.
Daraufhin sagte die JVA, daß im Knast diese Voraussetzungen für eine Behandlung von Isabels Krankheit gegeben seien!
Tatsache ist, daß Isa im Knast 1985/86 an Morbus Basedow erkrankt ist und daß der Zusammenhang von Knast, Isolation und ihrer Krankheit in Stellungnahmen von verschiedenen Seiten vorliegt. Das Vernichtungsinteresse des Staates zielt darauf, Isa dem medizinischen und Knastapparat zu unterwerfen. Das bedeutet für Isa konkret eine lebensbedrohliche Situation.
Als dieser Haftantrittstermin kam, war es wichtig für uns, mit unseren Gefühlen: Überraschung, Wut und Empörung klarzukommen und festzustellen, daß unser monatelanger Stillstand ihnen den Vorstoß gegen Isa leicht gemacht hatte (dazu später mehr).
Außerdem gab es einige wenige praktische Schritte, z.B. die Verabschiedung einer Resolution auf dem Kongress am 5.10. in Frankfurt "500 Jahre Kolonialismus", ein unübersehbares Transparent am Tag der deutschen Schweinheit und ein Flugblatt, das unsere eigene Situation und Orientierungslosigkeit recht gut widerspiegelte. Die Angehörigen der politischen Gefangenen verfaßten einen Protestbrief und machten den Versuch, ein Gespräch mit der Justizministerin Alm-Merk zu führen - was abgelehnt wurde.
Dann hat sich etwas bewegt. Zahlreiche Protestbriefe und Anfragen führten dazu, daß das Justizministerium Isabel ein "Angebot" gemacht hatte, das sich jedoch nur auf einen weiteren Haftaufschub wegen einer bei Isabel eventuell anstehenden Operation bezog (bei der z.Zt. aber noch völlig unklar ist, ob sie überhaupt sinnvoll ist und welche Nebenwirkungen sie hat etc.).

Das Justizministerium ließ Isabel für die Beantwortung der zuerst sehr allgemein gestellten Fragen (z.B. ob sie sich lieber im Knast oder vorher operieren lassen will) ein paar Tage Zeit und sicherten ihr zu, währenddessen den Haftbefehl nicht zu vollstrecken. Nach Isabels Antwort, in der sie die Voraussetzungen und Bedingungen genannt hatte, um überhaupt eine Entscheidung für oder gegen die Operation treffen zu können, wurde dafür jegliche Zeit abgelehnt, im Klartext: Isa sollte einen bestimmten Preis für einen Haftaufschub zahlen, nämlich sofort unters Messer!

Das sehen wir so:
Sie wollen den Druck auf Isa erhöhen, die OP als Erpressungsmittel einsetzen. Also so oder so ihr Vernichtungsinteresse gegen sie durchsetzen. Auch jetzt hier draußen - wo sich Isa IHREN Bedingungen unterwerfen soll, sprich: sich husch, husch unters Messer legen und ein paar Symptome wegschnippeln lassen. Und dann einknasten wie gehabt.

Spätestens an diesem Punkt wurde deutlich, daß wir den Kampf für die Durchsetzung einer entgültigen Haftverschonung von Isa auf die medizinische Ebene reduziert hatten.
In der Forderung nach dem Gutachten des behandelnden Spezialisten hatten wir die Illusion, daß gegen die politische Entscheidung Isabel einzuknasten die scheinbar neutrale und objektive Fachkompetenz des Arztes ein erfolgreiches Mittel wäre. Eine Medizin, ein Spezialistentum, daß allein die erkrankten Organe betrachtet und sie von den konkreten Bedingungen der Menschen, in diesem Fall den Knastbedingungen abtrennt, ist keine neutrale, humanistische Medizin, sondern ein Teil des Herrschaftsapparates, und Erfüllungsgehilfe seines Vernichtungsinteresses.

Unsere Mobilisierung hat bis jetzt nicht die politische und praktische Kraft entwickelt, die es braucht, um unser gemeinsames Ziel, daß Isa draußen bleibt, durchzusetzen. Warum?

Der zentrale Inhalt unserer Mobilisierung war: Isa, die medizinische Seite ihrer Haftunfähigkeit, daß sie draußen bleibt, und das alles grob im Zusammenhang mit den anderen haftunfähigen Gefangenen, mit der Forderung, daß alle sofort rausmüssen.

Der Kampf, daß Isa draußen bleibt, blieb abgetrennt von anderen Kämpfen, zb. von der Situation der anderen Gefangenen, vom Kampf für die Zusammenlegung/die Freiheit, vom Hungerstreik der spanischen Gefangenen für ihre Zusammenlegung seit mittlerweile 11.5 Monaten!
Diese Abtrennung und d.h. "Spezialisierung" bedeutete, daß wir durch und mit "unserem" kampf keine wirkliche Nähe und Verbindung zu den anderen Kämpfen entwickeln konnten und auch, daß wir die Angriffe gegen Isabel nicht mehr im Zusammenhang der gesamten Situation begriffen haben. Und damit war der Boden für Fehleinschätzungen und Illusionen von uns hergestellt: z.B. daß, als der Isabel behandelnde Spezialist als Gutachter durchgesetzt war, für uns "praktisch schon gelaufen" war, daß Isa draußen bleibt.

Da wir uns über weitergehende Perspektiven/Vorstellungen als Gruppe nicht zusammenkriegten - haben wir uns immer mehr in blockierenden Diskussionen aufgerieben (was noch lange nicht aufgelöst ist). Das waren unsere Gründe, warum es seit Monaten kaum eine Praxis und Mobilisierung mehr im Zusammenhang mit Isa gegeben hat.

Trotz aller bisherigen Fehler/Schwächen geht es uns darum, nicht aufzugeben. Sondern aus den Fehlern zu lernen, es anders anzupacken.

ISABEL MUß DRAUßEN BLEIBEN !
FREIHEIT FÜR ALLE HAFTUNFÄHIGEN GEFANGENEN !
GÜNTER; ALI; BERND UND CLAUDIA MÜSSEN SOFORT RAUS !

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS GRAPO/PCE R SOFORT!
ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND UND ALLER; DIE DAS FÜR SICH FORDERN!

HAFEN BLEIBT !

Initiative - "ISABEL JAKOB MUß DRAUßEN BLEIBEN!"

<u>Kontaktadresse:</u> Bunte Hilfe Darmstadt, Wilhelm-Leuschner-Str. 39,
6100 Darmstadt, Tel.: 06151/20480 (Mo+Mi von 20-22 Uhr)
<u>Spendenkonto:</u> Bunte Hilfe, Stichwort: Isabel,
Sparkasse Darmstadt, BLZ 50850150, Kto.Nr. 11003354

Der Weg ist das Ziel?

Forderungen im Anti-Knastkampf

Mit dieser Veranstaltung wollen wir die Auseinandersetzung über Forderungen im Anti-Knastkampf und die damit verbundenen Aktionsformen in Gang bringen.

Dabei soll es u.a. um folgende Fragen gehen:
- Welche Forderungen und Aktionsforman im Knast unterstützen wir von draußen?
- Wie ist unser Verhältnis zu reformistischen Forderungen und solchen, die das (Knast)System als Ganzes angreifen?
- Welche Forderungen bieten einen kollektiven Ansatz für einen gemeinsamen Kampf aller Gefangenen?

...außerdem gibt es die neusten Infos aus den Knästen in Hamburg, West- und Ostberlin

Wir wollen, daß diese Diskussion nicht nur draußen mit draußen, sondern auch draußen mit drinnen und drinnen mit drinnen geführt wird.
Die Ergebnisse dieser Veranstaltung werden deshalb in die Knäste vermittelt.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG MIT:

- Knastgruppe Santa Fu, Hamburg
- Knastgruppe Phönix, Kassel
- Ehem. Gefangene aus der Frauen-Plötze

- Ehem. Vertreter der Insassenvertretung Tegel
- Knastzeitung Durchblick

ORT: Halk-Evi, Kottbusser Damm 74, 1/61, HH, 2ter Stock

Zeit: Freitag, den 16. November, 20 Uhr

Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Knäste

Diskussion mit Kommandantin Rebecca der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN

Die FMLN-Kommandantin hat bei der Offensive Ende letzten Jahres an der Süd-Westfront teilgenommen. Sie ist zur Zeit auf einer Rundreise um mit der west-europäischen Solidaritäts- und Internationalismusbewegung zu diskutieren. Wir denken dabei für die Veranstaltung in Berlin an folgende Themen:

- Die Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse

- Volksmacht - Staatsmacht; mit dem Ende des Realsozialismus zu einem neuen Begriff von Befreiung!?

- El Salvador - ein Jahr nach der Offensive

Wir wollen die Diskussion an den Anfang der Veranstaltung stellen um genügend Zeit zu haben, für die uns hier wie dort betreffenden Themen. Den Info-Teil über die Situation in El Salvador stellen wir an den Schluss.

Da Diskussionsveranstaltungen meistens schwer in Gang kommen, haben wir schon mal aufgeschrieben, was bei uns so im Kopf rumspukt. Wir fänden es gut, wenn Ihr Euch auch ein paar Standpunkte und Fragen zu dem Thema überlegt.

-Bei der Diskussion über die Bedeutung des Zusammenbruchs der realsozialistischen Staaten interessiert uns zum einen die ideologische Ebene:- inwiefern sind unsere theoretischen Grundlagen in Salvador und Doitschland vom Zusammenbruch betroffen? welche Chancen und theoretischen Perspektiven bieten sich uns?

-Gibt es nach der Wahlschlappe in Nicaragua noch revolutionäre Perspektiven in Zentralamerika?

- Ist das Konzept nationaler Befreiung nicht grundsätzlich am Ende; ist die enge Verknüpfung kontinentaler/ internationaler Kämpfe überhaupt realisierbar?

- Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, also Veränderungen allein wirtschaftlicher Art haben Unterdrückungstrukturen wie z.B die patriarchale Kleinfamilie überhaupt nicht in Frage gestellt. Muß Befreiung nicht viel mehr, viel umfassender begriffen werden? -Und was heißt das??

-Im bisherigen leninistischen Modell ergänzen sich Staats und Volksmacht. Die Realität in den bürokratischen "Arbeiter"staaten aber hat gezeigt, daß dort nicht die Arbeiterklasse an der Macht war, sondern KPs im Namen der Arbeiterklasse. Staat und Massen stehen sich also ganz und gar nicht harmonisch zueinander. Muß es nicht eine neue Definition von Macht, eine größere Bedeutung von direktdemokratischen Entscheidungswegen geben (was in Salvador mit dem Begriff Poder Popular-Volksmacht bezeichnet wird)?

- Welche Bedeutung haben politische/ politisch-militärische Organisationen innerhalb eines Befreiungsprozesses? Kann es Revolutionen überhaupt ohne sie geben?

-Wenn Volksmacht für uns wichtiger ist als Staatsmacht, verliert dann nicht die Machtübernahme als solche an Bedeutung, also kommen wir nicht zu einer neuen Begrifflichkeit von "Revolution"?

Freitag, den 23.November 90, 19 Uhr 30, im Mehringhof, Gneisenaustr.2a, 1/61, Versammlungsraum

Resolution der linken und alternativen Medien in Freiburg:

Gegen Kriminalisierung des Infoladens SUBITO und der Zeitschrift AUSBRUCH

Wir verurteilen auf's Schärfste die Kriminalisierungsversuche der Generalstaatsanwaltschaft gegen den Freiburger Infoladen SUBITO und die in Freiburg erscheinende linke Zeitschrift AUSBRUCH.

Am Montag, den 23.7.90 durchsuchten Zivilbeamte von Bundes- und Landeskriminalamt im Beisein von Uniformierten den Infoladen in der Klarastrasse 73 und die Wohnung einer Privatperson. Die Durchsuchung erfolgte im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die Zeitschrift AUSBRUCH mit der Begründung, sie werbe mit Artikeln in den Nummern 6 und 7 für "terroristische Vereinigungen" (§129a StGB). Es handelt sich bei den beanstandeten Texten um einen Diskussionsbeitrag zu den Revolutionären Zellen / Rote Zora und um Dokumentationen von Erklärungen verschiedener Gruppen zu ihren Aktionen. Ermittelt wird mit derselben Begründung mittlerweile auch gegen die Nummern 8, 10 und 12.
Parallel zu dem Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Produktion und Vertrieb im Zusammenhang mit der Zeitschrift AUSBRUCH wurde ein Verfahren gegen den Inhaber des Infoladen-Telefonanschlusses eingeleitet.
Auf den Vermieter des Infoladens wurde seitens des Staatsschutzes Druck ausgeübt, den Mietvertrag zu kündigen.

Die AUSBRUCH erscheint nun schon seit einem Jahr kontinuierlich und wird an verschiedenen Stellen in der Stadt und auch in anderen Städten verkauft. Sie berichtet schwerpunktmäßig über Initiativen in Freiburg und der Regio, sowie über weltweite Befreiungskämpfe. Andere Themen sind international geführte Kampagnen wie die Shell-Kampagne, sowie Repression und Knast. Die Zeitung ist entstanden nach dem Hungerstreik kämpfender Gefangener in der BRD im Frühling '89, in deren Verlauf sich ein breiteres gesellschaftliches Bewußtsein über die Tatsache von Isolationsfolter und Sonderhaftbedingungen entwickelte. Die Zeitschrift AUSBRUCH wurde von verschiedenen politischen Gruppen und Initiativen als Forum genutzt, in gemeinsame Diskussion über die unterschiedlichen Ansätze zu kommen - und dies auch mit den politischen Gefangenen.

Der Infoladen SUBITO eröffnete im Sommer 1989. Er wird von verschiedenen Einzelpersonen und Gruppen genutzt und getragen. In erster Linie ist er ein Raum, in dem sich alle die das wollen informieren, treffen und dort arbeiten können. Informationen gibt es zu den verschiedendsten Themen, wie Antifaschismus, Häuserkampf, Frauenwiderstand, Internationalismus, Antiimperialismus, Knastkämpfe, Gentechnologie etc. Es liegen dort aktuelle Zeitschriften, unter anderem die AUSBRUCH, und Broschüren aus. Es wird u.a. im Infoladen versucht, Themen, die in der bürgerlichen Presse verzerrt oder gar nicht dargestellt werden, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, linke Politik aus der Anonymität zu holen und mehr Menschen dazu anzuregen, sich mit ihr zu befassen.
Der Angriff gegen den Infoladen und die AUSBRUCH sowie gegen den Inhaber des Telefonanschlusses im Infoladen richtet sich nicht nur gegen die direkt Betroffenen, sondern gegen die gesamte linke Öffentlichkeit.
Und solche Kriminalisierungen haben Geschichte. PressefotografInnen und RedakteurInnen werden bei Polizeieinsätzen behindert und mißhandelt. Filmdokumentationen werden beschlagnahmt, Knüppeleinsätze gegen ReporterInnen sind fast schon an der Tagesordnung. Ermittlungen und Verfahren gegen linke RedakteurInnen werden eingeleitet. Bekannteste Beispiele aus der letzten Zeit: Prozesse gegen das Angehörigen-Info (herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD) und die Gefangennahme und der Prozeß gegen die Redakteurin und Buchautorin Ingrid Strobl.
Dies alles hat zum Ziel: Kriminalisierung Einzelner und ihrer Gesinnung, Zensur linker Themen und Verhinderung der Diskussion, Auseinandersetzung mit und Praxis von radikaler Politik.

Wir, die in Freiburg ansässigen linken Medien, kennen dies aus anderen Zeiten:
- Nach der Räumung des Schwarzwaldhofes im März 1981 und im Zuge eines Ermittlungsverfahrens gegen mehrere Leute wegen Bildung einer "kriminellen Vereinigung" dringt die Polizei nachts in die Räume der Medienwerkstatt Freiburg ein und kassiert über 40 Video- und Tonbänder, angeblich als "Beweismittel". Ein Angriff gegen die damalige BesetzerInnenbewegung und deren Gegenöffentlichkeitsstrukturen.

- Mindestens 4 StadtzeitungsmitarbeiterInnen wurden zwischen 1981 und 1984 wegen Dokumentationen und kritischen Artikeln mit Verfahren bedacht. Sämtliche Register und Paragraphen der Gesinnungsjustiz wurden zur Verfolgung herangezogen, so z.B. "Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole" (§90a StGB), "Aufforderung zu Straftaten" (§111 StGB) sowie der §129a (StGB).
- RDL (Radio Dreyeckland) hat eine lange Geschichte von Kriminalisierungsversuchen mit dem Höhepunkt 1985/86 hinter sich. Damals gab es brutale Großrazzien der Polizei auf der Suche nach dem Sender, Festnahmen und ED (Erkennungsdienstliche) Behandlungen sowie Prozesse gegen RedakteurInnen.
- Alltägliche Zensur herrscht bei SchülerInnen- und Knastzeitungen durch Schul- bzw. Anstaltsleitung.

Aber die Verfolgung geht auch gegen Leute Orte und Zusammenhänge, in denen solche Medien der Gegenöffentlichkeit für alle zugänglich sind, dargestellt oder diskutiert werden.
- Beispielsweise wurde der Buchladen 'Jos Fritz' mehrmals durchsucht und 3 mal wurden Ermittlungsverfahren nach §129a eingeleitet. Anlaß waren ausliegende Broschüren zu Haftbedingungen der politischen Gefangenen und die Zeitschrift 'radikal'.

Die BAW (Bundesanwaltschaft) und der Staatsschutz versuchen weiterhin ungeachtet der Proteste, Medien der Gegenöffentlichkeit zu kriminalisieren und letztlich mundtot zu machen.
Es liegt an uns, diesen Angriffen unsere Solidarität entgegenzusetzen und für freie Meinungsäußerungen einzutreten und gegen Zensur Widerstand zu leisten.

Wir fordern:

Einstellung der Ermittlungsverfahren!
Weg mit dem §129a und allen sonstigen Gesinnungsparagraphen!
Keine Kriminalisierung von Infoladen und AUSBRUCH!

ANQUATSCHVERSUCH IN WIESBADEN

AM 15.10. rief ein Typ in meiner neuen Wohnung an und wollte mich sprechen. Eine Freundin die auf mich wartete, sagte ihm daß ich nicht da sei. Er wollte weder seinen Namen nennen noch sagen was er wollte. Der 14. und 15. waren die Tage an denen ich umgezogen bin.
Am 16.10. nachmittags rief er dann nochmals an und stellte sich mit 'hallo ..., hier ist Wolfgang' vor. Auf Nachfragen welcher Wolfgang, meinte er, er sei ein Freund und wolle sich mit mir unterhalten. Ich fragte ihn nochmals wer er sei, worauf er antwortete er heiße Wolfgang Hoffmann, ob wir uns nicht mal treffen könnten. Auf die Frage was er überhaupt will, sagte er, er wolle mit mir über die Wohnsituation in der Frankenstr. 1 reden, ich sei doch da jetzt ausgezogen. Als ich von ihm wissen wollte was er mit 'über die Wohnsituation in der F1 reden' meint, sagte er, das könne er mir dann erklären, das würde am Telefon nicht gehen. -(in der F1 hat, bis er vor 2 1/2 Jahren abtauchen mußte Ingo Herbst gewohnt, der seit dem von den Bullen wegen angeblichen Waffenraubes gejagt wird. VIELE GRÜßE I!-)
Ich fragte ihn dann woher meine Tel-nr. hat und woher er weiß daß ich angeblich ausgezogen sei. Er wirkte dann etwas überrascht und sagte: '... du bist doch umgezogen, oder? ' Die Tel-nr. habe er erfahren. Woher? Aus dem Telefonbuch. Als ich ihm dann sagte daß er jetzt einen Fehler gemacht habe weil ich noch nicht im Telefonbuch stehe, kam zur Antwort, er könne ja nicht alle seine Quellen preisgeben (O-ton).
Er wollte immer wieder ein Treffen mit mir vereinbaren. Man könne da am Telefon so schlecht drüber reden. Ich sagte ihm, daß ich mich nicht mit jemanden verabrede der mir nicht sagt wer er ist und was er genau will. 'Das kann ich dir ja dann alles erklären'
So ging das noch ne Weile weiter. Während ich versuchte noch mehr zu erfahren und immer 'reservierter' wurde, blieb er vollkommen freundlich und bemühte sich unbeirrt mit mir ein Treffen zu verabreden.
Ich sgte ihm daß ich mir das nochmal durch den Kopf gehen lassen wolle und er mich in 1-2 Tagen nochmals anrufen soll (bis jetzt hat er sich noch nicht gemeldet). Er könne sich ja schriftlich an mich wenden wenn er am Telefon nicht reden kann.
Das ganze Gespräch dauerte ungefähr 5-7 Minuten. Der Typ blieb, wie gesagt, die ganze Zeit extrem freundlich obwohl ich immer abweisender wurde. Er ließ sich durch nichts verunsichern oder von seinem 'Vorhaben' abbringen.

Einer meiner ersten Gedanken war natürlich -und das kennen wahrscheinlich alle- mich mit diesem Mistkerl zu treffen und evt. zu fotographieren. Mir war aber auch klar daß dieses Pack darauf vorbereitet sein wird, eben ihr Geld damit verdienen und ich nicht die geringste Kleinigkeit erfahren werde. Auf keinen Fall wollte ich diese Entscheidung alleine treffen. Deshalb der Aufschub von 1-2 Tagen.
Ich hab mich dann mit mehreren Leuten kurzgeschlossen und wir sind alle zu dem Ergebniss gekommen, daß das Risiko zu groß sei und ne klare Haltung und Veröffentlichung der beste Schutz ist. Es gibt leider zu viele Beispiele bei denen Genoss/innen/en in die Falle getappt sind (jüngstes Beispiel: der Kontaktversuch mit Leuten vom besetzten Sprengelgelände)

Also:

- Klappe halten und abblitzen lassen !
- veröffentlicht Anquatschversuche !
- es gibt nichts was wir diesen Schweinen zu sagen hätten !!

Anna und Arthur halten's Maul !!!

INITIATIVKREIS FÜR DEN ERHALT DER HAFENSTRASSE

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Leute!

Auf Grundlage der Ankündigung von Voscherau, mit dem "Problem" Hafenstraße nicht mehr in den Bürgerschaftswahlkampf gehen zu wollen, wird die Situation um die Hafenstraße immer mehr zugespitzt:

- Der Räumungsprozeß bezüglich der 1987 verpachteten Häuser läuft weiter (nächster Termin 5.11.). Zugleich gibt es bereits einen Räumungstitel für eine Wohnung im Haus Hafenstr. 110. Hinzu kommt:

- RAF-Hetze in den Medien
- Angriffe von Faschisten
- Tägliche Provokationen

um nur einige Stichworte zu nennen.

Trotz dem Versuch in einem stromlinienförmigen Großdeutschland Opposition entweder zu integrieren - oder, wenn das nicht funktioniert, zu kriminalisieren und auszuschalten, - gibt es uns und wir werden auch nicht auswandern. Wir bleiben hier und haben vor uns breitzumachen. Wir wollen die Initiative ergreifen und nicht dabei stehenbleiben uns auf die Forderung "Hafenstraße bleibt" zurückzuziehen. Wir müssen ausgehend von diesem Grundkonsens jetzt Forderungen aufstellen, die das Weiterbestehen der Hafenstraße so sichern, wie es mit dem Pachtvertrag nicht ermöglicht werden sollte.

1987 schienen die Chancen zunächst aussichtslos. Trotzdem wurde durch die Unterstützung der BewohnerInnen durch viele Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen eine Räumung verhindert. Wir brauchen Eure Hilfe genauso wie damals. Wir bitten Euch um Eure Unterstützung durch Eure Unterschrift unter umseitigen Anzeigentext. Über die Durchsetzung der Forderungen wollen wir gemeinsam mit Euch vor der Veröffentlichung diskutieren am 15.11.90 um 19.00 Uhr im Gemeindesaal der Friedenskirche, Am Brunnenhof.

Unabhängig von diesem gemeinsamen Diskussionstermin ist es uns wichtig, daß Ihr uns mitteilt, ob Ihr die Anzeige und die Forderungen mit Eurer Unterschrift unterstützen würdet. Wir beabsichtigen die Anzeige dann in der Hamburger Morgenpost und der TAZ in der letzten Novemberwoche zu veröffentlichen. Bitte schreibt Eure Antwort an:

Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße, c/o "Tante Hermine", Hafenstraße 108, 2000 Hamburg 36 ---

Bitte überweist mindestens DM 20.-- pro Unterschrift als Beitrag zur Finanzierung der Anzeigen auf folgendes Spendenkonto RA Rainer Utikal, Stichwort "Hafenstr.", Postgiro Hamburg, Konto-Nr. 48 51 51 - 203.

Wir wären Euch dankbar, wenn Ihr den Anzeigentext weiterverbreiten und weiterkopieren würdet.

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen
der Initiativkreis

ANZEIGENTEXT

DAS ENDE DER BESCHEIDENHEIT

-- Forderungen des Initiativkreises für den Erhalt der Hafenstraße --

Im Jahr 1987, mit dem Bau der Barrikaden und der Mobilisierung von vielen Menschen, die bereit waren die Barrikaden zu verteidigen und sonst ihr möglichstes zu tun, scheiterte der dritte und bisher massivste Versuch die Hafenstraße zu räumen. Trotzdem reichten die entwickelten Kräfte nur zu einem Vertrag aus, der in sich schon die Anknüpfungspunkte für die nächsten Räumungsversuche bot. Der 1987 geschlossene Pachtvertrag über die Häuser in der Hafenstraße sollte von Seiten des Hamburger Senats die Illusion verbreiten helfen, jetzt liege alles weitere am "Wohlverhalten" der BewohnerInnen.

Aber ein politischer Widerspruch läßt sich nicht vertuschen und "beruhigen". Die Hafenstraße ist ein (einer von vielen) gegen das herrschende Gesellschaftssystem lebender Zusammenhang. Hier wird versucht, Probleme so anzugehen, daß Wege ohne Ausgrenzugen und Bestrafungen möglich werden. Diese Wege stehen im Widerspruch zu den in allen gesellschaftlichen Bereichen dominierenden Profitinteressen und müssen dagegen durchgesetzt werden. Insofern ist die Vorstellung, daß die Hafenstraße und wir (ihre UnterstützerInnen und FreundInnen) uns integriert, ruhig und widerspruchslos verhalten, absurd. Es gibt uns als Opposition und wir beanspruchen unseren Platz.

Hafenstraße ist keine Insel. Die Menschen aus der Hafenstraße sind inzwischen aus dem Leben und den Kämpfen in St. Pauli nicht mehr wegzudenken. Im Gegenteil: Wir fordern für die Menschen in der Hafenstraße und die NachbarInnen bessere Lebensbedingungen:

- Vertragliche Übereignung aller Häuser auf den "Verein Hafenstraße". Das heißt, das die "Hafenrand GmbH" aufgelöst wird. Sie wurde lediglich gegründet, um den Abriß der Häuser durchzuführen und abzuwickeln. Ihr Stamm- und Gesellschaftskapital soll auf den Verein übertragen werden.

- Freigabe der ursprünglich von Senat und Bürgerschaft zugesagten Sanierungsgelder in Höhe von noch ausstehenden DM 3,5 Mio. Bisher wurden schon zahlreiche Reparaturen und Instandsetzungen von den BewohnerInnen in Eigenleistung durchgeführt.

- Änderung des z.Zt. gültigen Bebauungsplanes St.Pauli 35, der Gewerbe- und Geschäftshäuser anstelle der Hafenstraßen-Häuser vorsieht (sog. Geschäfts- und Flaniermeile, "Perlenkette").

- Sperrung der Bernhard-Nocht-Str. zwischen Antonistr. und Davidstr. für den Durchgangsverkehr zur Verkehrsberuhigung, sowie Sperrung der Silbersackstr. ab Reeperbahn für den Durchgangsverkehr.

- Tempo 30 km/h auf der Hafenrandstr. zur Verkehrsberuhigung als Übergangslösung. Grundsätzlich muß das Gebiet zur freien Verfügung Aller, inkl. des Zugangs zur Elbe, stehen.

- Freigabe des Grundstückes neben dem Haus Hafenstraße Nr. 106 zur Gestaltung als Spielplatz und als genehmigter Bauwagenplatz.

Diesen Anzeigentext des Initiativkreis zum Erhalt der Hafenstraße unterstützen:

Unterschriften:

TERMINE ...

Donnerstag, 15.11.

20:oo Film im A-Laden - Moabit:
"VATERS LAND" R.: Volker Krieg

20:30 KINO IM KOB:
\+ fiertes freiburger video forum
22:30 teil 11 4 12
"HAMMER UND MEISSEL" Thomas Schunke

20:00 SO 36 - Oranienstraße 190 - 1/36
: Gastspiel Theater Artaud
"DIE REISE, DAS ENDE, DIE MACHT"

Freitag, 16.11.

19:30 Antiquariat für DDR-Literatur,
Mainzer-Str. 4, 1035 Berlin / DDR
"Diskussionsveranstaltung zum
Widerstand gegen den 218"

19:00 "Conny ist tot"
in Göttingen: Mahnwache
Anlaufstelle: JUZI - Bürgerstr. 44
Tel: 745 57
(Pennplätze-vokü-infos)

20:00 "DER WEG IST DAS ZIEL?"
Forderungen im Anti-Knastkampf
Diskussionsveranstaltung im
Halk-Evi, Kottbusser-Damm 74, 1-61

20:00 SO 36 - s. 15.11.

Samstag, 17.11.

11:00 "KEIN VERGEBEN - KEIN VERGESSEN"
bundesweite demo in göttingen
treffpunkt: stadthalle
info-laden s. 16.11.

13:00 "DESERTEURINNEN-PARADE"
gegen wehrpflicht, zwangsdienste,
und soziales dienstpflichtjahr
für frauen
ort: neue wache/mahnmal für
die opfer des faschismus
u.d. linden/bebelplatz

21:00 Galerie Neue Räume
Lindenstr. 39 1-61
es liest P.P. ZAHL
"die erpresser" (DM 5,--)

20:00 SO 36
s. 15.11.

22:00 "alle sogen. ABM`s feten
im DRUGSTORE"
mit: Charon-ORNAMENT&VERBRECHEN-
TECHNO BEAT- D.J.`s Tron+Ozon
(nicht ABM`s dürfen mitfeten)

Sonntag, 18.11.

20:00 FILM IM EX:
"rote zone"
die arbeiterregion von
manchester bis mailand

19:30 Antiquariat für DDr-Literatur
(adr. s. 16.11.)
es liest P.P.ZAHL (DM 5,--)

20:00 SO 36 - s. 15.11.

Montag, 19.11.

10 / 17 uhr SO 36 Gastspiel Kindertheater
Gaukelstuhl
"Tiger der Angst"

20:00 Galerie Olga Benario
"Blumenfrauen"
Video von J. Sylvia und M. Rodriguez
Boddinstr. 61, 1-44

19:00 "welchen weg geht peru nach den wahlen"
info-veranstaltung mit walter palacios
im versammlungsraum im mehringhof

20:00 "BLAUER SALON" / Mehringhof:
alle frauen, die die wahl am 2.12. aktiv
boykottieren und dies öffentlich machen
wollen, treffen sich ... ebenda

Dienstag, 20.11.

10/17 uhr SO 36 (s. 19.11.)

20:00 "LA BATALLA DE EUSKALDUNA"
dokumentarvideo im
"infoladen bandito", lottumstr.
lottumstr. 10s, ost-berlin

Mittwoch, 21.11.

20:00 SO 36 - Konzert:
"Urbane Aboriginale Lokal IV"

20:00 ♀+⚢ -Kneipe im Falckeladen
mit Diskussion zum Wahlboykott
-- ladys only ---

• • • NOCH MEHR DATE'S

Donnerstag, 22.11.

16-24 uhr SO 36:
Multi Media Performance
"Laboratorium für wissenschaftliche Grenzbereiche"

20:00 "Plaste und Elaste" oder
PVC tut weh"
Vortrag im A-Laden, Moabit

19:30 "paßt bloß auf"
(im rahmen: filme zur Hausbesetzung, HdK, raum 158, hardenbergstr. 33, 1-12)
Freiburg `82

21:00 "Neun Tage hinter den Barrikaden"
Kopenhagen 1987

dazu gibt`s Diskussion
und Vokü

I M M E R . . .

MONTAGS: Wirtschaftsarchiv im PAPIERTIGER
18 - 20 Uhr; Cuvrystr. 25; 1-36

VOKÜ im Cafe "Lichtschranke",
Nostiz 49, 1-61 (ab 18:30)

DIENSTAGS: Jeden 2./Monat FAU
(Freie ArbeiterInnen Union)
Jeden 1/Monat
Graswurzel-Revolutions-Gruppe
im A-Laden, Moabit

MITTWOCHS: ♀-Tag von 17 - 20 Uhr im
A-Laden, Moabit

FREITAGS: 18-19 uhr FOOD-COOP im
A-Laden, Moabit

J E D E N ...

Tag, außer Donnerstag: Info-Cafe "Lichtschranke"
Nostizstr. 49, 1-61, 15-20 Uhr

VOKÜ "edith piaf", mainzer str. 22 (Hinterhof, SF)
von 18-21 Uhr

... Di - Fr 15-21 Uhr: Infoladen "Bandito Rosso"
Lottumstr. 10a, Ost-Berlin 1054

Zu bestellen bei:
Knastgruppe c/o Verlag Schwarze Seele
Falckensteinstraße 46
1000 Berlin 36

ZU DEN AKTIONEN IM KNAST MOABIT
(Frühjahr '90)
3 Mark

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort.................... 3
Die Untersuchungs- und Aufnahmeanstalt Moabit.................... 4 - 7
Presseerklärung aus Haus 2, Moabit 8 - 9
Chronologie.................... 10-14
Thesen zu Knastkampf.................... 15-29
Papier von Männern zu Knastkampf und Vergewaltigern.................... 30-33
Repression im Knast während des Hungerstreiks.................... 34-36
Reaktion von Senat, Presse und Öffentlichkeit.................... 37-51
Organisierung und Stimmung drinnen und draußen.................... 52-69

PALÄSTINA

Palästina -
Fotoausstellung
medico international

Montags, Donnerstags
18 - 21 Uhr und
Samstags 15 - 18 Uhr

Palästina Büro, Thomas Weissbecker Haus
Wilhelmstr. 9, 1000 Berlin 61
U-Bhf. Hallesches Tor

SPEKULANTEN
TECHNOKRATEN
GELDGEIER

Lausitzer Straße

Paul-Lincke-Ufer

Ihr landet alle in der Grube !

Euer Pfarrer

Kreuzberg im Citywahn

*** Vertreibung durch Mietenexplosion**

*** Blechlawinenrennbahn Skalitzer Straße?**

*** Yuppisierung**

*** Deutschtaumelei**

Wehren wir uns jetzt!

wir bleiben in SO 36

Seit 11 Jahren gibt es in der Eisenbahnstraße 4 ein Zentrum für Gegenöffentlichkeit; eine Möglichkeit mit eigenen Geräten unzensiert zum Selbstkostenpreis zu produzieren.
Verschiedene Stadtteilzeitungen , "Umbruch/ Bildarchiv" , "BLAU" und "PROWO" arbeiten dort.
Zum Jahresende wurde der Gewerbemietvertrag gekündigt. Der Vermieter will teilmodernisieren lassen und danach die Etagen zu "marktüblichen" Preisen weitervermieten. Minimum: 15 DM/qm (zur Zeit 4 DM/qm). Diese fast 4-fache Erhöhung mit kurzfristigem Vertrag bedeutet faktisch den Rausschmiß.
Natürlich kein Einzelfall: Für alle, deren Situation ähnlich ist; für alle, die was dagegen machen wollen, gibt es jetzt ein Infotelefon.
Montag, Mittwoch, Donnerstag von 16-18 Uhr

Tel. 614 30 80